

Alle(r)

Macht den Burschenschaften? Die neue Regierung. **24**

Anfang

ohne Ende: Wer dir in schwierigen Situationen helfen kann. **11**

Ist

Hass unterhaltsam? Ein Interview mit Michi Buchinger. **16**

Schwer

belastend, aber oft notwendig: Studieren und Arbeiten. **8**



LABYRINTH HOCHSCHULE?



P.b.b.|ErscheinungsortWien|Verlagspostamt1040|GZ02Z031545M|EUR0,73

w w w . b e s t i n f o . a t

Best³

Beruf Studium Weiterbildung

1. bis 4. März **2018**

Wiener Stadthalle

9 bis 18 Uhr, 4. März bis 17 Uhr

 **wiener stadthalle**
ein unternehmen der wstbalding

Eintritt frei

www.facebook.com/bestinfo.at
www.twitter.com/bestinfo_at



Die große Bildungsmesse



04 HALLO LIEBE ERSTSEMESTRIGE

Was ist eigentlich die ÖH und wie funktioniert sie?
Das Vorsitzteam der ÖH-Bundesvertretung erklärt es dir.

Dossier

06 DAS RICHTIGE WERKZEUG

Hochschulen in Österreich sind unterschiedlichen, teils komplizierten Rechtsgrundlagen unterworfen. Das richtige Werkzeug, um diese zu verstehen und deine Rechte ableiten zu können, erhältst du hier.

08 ARBEITSRECHT FÜR ANFÄNGER_INNEN

Viele Studierende sind neben dem Studium erwerbstätig. Hier erfährst du alles, was du über deine Rechte als Arbeitnehmer_in wissen solltest.

10 ERASMUS +

Wissenswertes über das europaweite Mobilitätsprogramm.

11 VOM HINFALLEN UND WIEDER AUFSTEHEN

Was tun, wenn dir Alltagsstress und Leistungsdruck über den Kopf wachsen? Die psychologische Studierendenberatung greift dir unter die Arme.

12 ICH BIN IM FALSCHEN STUDIUM, HOLT MICH HIER RAUS!

Warum ein Studienwechsel kein Beinbruch ist und alles, was du darüber wissen solltest.

14 DIE NUMMER MIT DER NULL – STUDIENGE-BÜHREN AN DER FH ÖBERÖSTERREICH

Über die Auswirkungen der Sparpolitik von Schwarz - Blau für Studierende.

Feuilleton

16 HASS UND POLITIK

Ein Interview mit dem Blogger und Youtuber Michael Buchinger.

18 #METOO

Von sexueller Belästigung, Übergriffen und was Hochschulen damit zu tun haben.

20 REZENSIONEN

Glaube, Illusion, Bomben und Revolution, garniert mit hippen Sounds.

Wissenschaft und Politik

24 BRAUNE BRÜDER - BURSCHECHAFTER IN DER REGIERUNG

Elitäre, rechtsextreme Männerbünde werden künftig wesentlichen Einfluss auf die österreichische Politik ausüben können – hier erfährst du, wieso und welche Folgen das hat.

26 SOZIALPARTNERSCHAFT - HOT OR NOT?

Was bringt die institutionalisierte Zusammenarbeit der Interessensverbände? Vier Kommentare dazu.

28 KAISER, KNÖDEL UND KROWODEN

In Österreich leben sechs gesetzlich anerkannte autochthone Volksgruppen, doch sie werden totgeschwiegen und ihre Interessen ignoriert. Eine neue Initiative, das Minority SafePack, will das auf europäischer Ebene ändern.

30 KRUX UM KATALONIEN UNTER KOMMILITON_INNEN

Die Debatte um das Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien ist wohl kaum an irgendwem unbemerkt vorbeigegangen. Doch welche Auswirkungen hat das auf die dortigen Hochschulen und wie stehen katalonische Studierende zu dem Thema?

Editorial

Liebe Leser_innen!

Du bist jetzt bereits ein paar Monate an der Hochschule inskribiert, hast dich inzwischen vermutlich einigermaßen zurechtgefunden und in den Studienalltag eingelebt. Höchste Zeit, dass du uns kennenlernst – wir sind das *progress*, das bundesweite Magazin der Österreichischen Hochschüler_innenschaft, deiner gesetzlichen Interessensvertretung.

Das *progress* erscheint vier Mal im Jahr und widmet sich sämtlichen studienrelevanten Themen, sprich, wir verraten dir Tipps und Tricks, wie du dein Studium am Besten meisterst! Aber auch gesellschaftspolitische Themen kommen bei uns unter, da wir der Meinung sind, dass Hochschulen kein von der Gesellschaft abgetrennter Raum sind und Studierende den Anspruch stellen sollten, Gegebenheiten kritisch zu hinterfragen.

Was du gerade in den Händen hältst, ist die speziell an Erstsemestrige adressierte Sonderausgabe des *progress*. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt besonders auf Themen, die für dich zu Beginn deines Studiums relevant sind, wie etwa deine Rechte an Hochschulen und in der Arbeitswelt (S. 6 – 9), Erasmus+ (S.10) oder Rahmenbedingungen eines eventuellen Studienwechsels (S. 12/13). Aber auch Kultur, Wissenschaft und Politik kommen nicht zu kurz – in dieser Ausgabe findet sich zum Beispiel ein Interview mit dem Blogger Michi Buchinger (S. 16/17) und ein Bericht über die derzeitige Situation an katalonischen Hochschulen (S.30/31).

Möchtest du uns auch in Zukunft lesen, solltest du dir unbedingt ein kostenloses Abo zulegen, damit jede unserer zukünftigen Ausgaben auch sicher in deinem Postkasten landet. Einfach unter progress-online.at/abo. Da wir ein Magazin von Studierenden für Studierende sind, kann man bei uns auch mitarbeiten – solltest du Interesse daran haben, schreib uns ein Mail oder komm zu einer unserer offenen Redaktionssitzungen.

In diesem Sinne – viel Spaß beim Lesen!
Deine *progress* – Redaktion

Impressum

Ausgabe: 05/2017

Auflage: 60.000 Stück

Erscheinungsmonat: Dezember

Medieninhaberin: Österreichische Hochschüler_innenschaft,
Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien

Kontakt für Abo-Fragen: progress-online.at/abo (Wir bearbeiten keine Abo-Anfragen über den allgemeinen Kontakt!)

Kontakt Redaktion: progress@oeh.ac.at

Redaktion: Lukas Bürstmayr, Davor Frkat, Karin Stanger und
Liam Alexander Wülbeck

Autor_innen dieser Ausgabe: Andrea Anderson, Ana Grilc,
Adrian J. Haim, Susanne Hofer, Christian Hofmann,
Isabella Hofmann, Sebastian Höft, Katja Krüger, Marie Luise Lehner,
Jan Marot, Ina Pree, Sebastian Reinfeldt, Sascha Rossmann,
Flora Schausberger, Nicolai Schreiter, Marie-Therese Schrentewein,
Frederike Schuh, Julia Spacil, Viktoria Spielmann, Stefan Steindl,
Johanna Stockreiter, Markus Trebuch

Lektorat: Noah Mayr

Layout: T. Jenni, J. Kolda

COVER UND DOSSIER: Veronika Wladyga

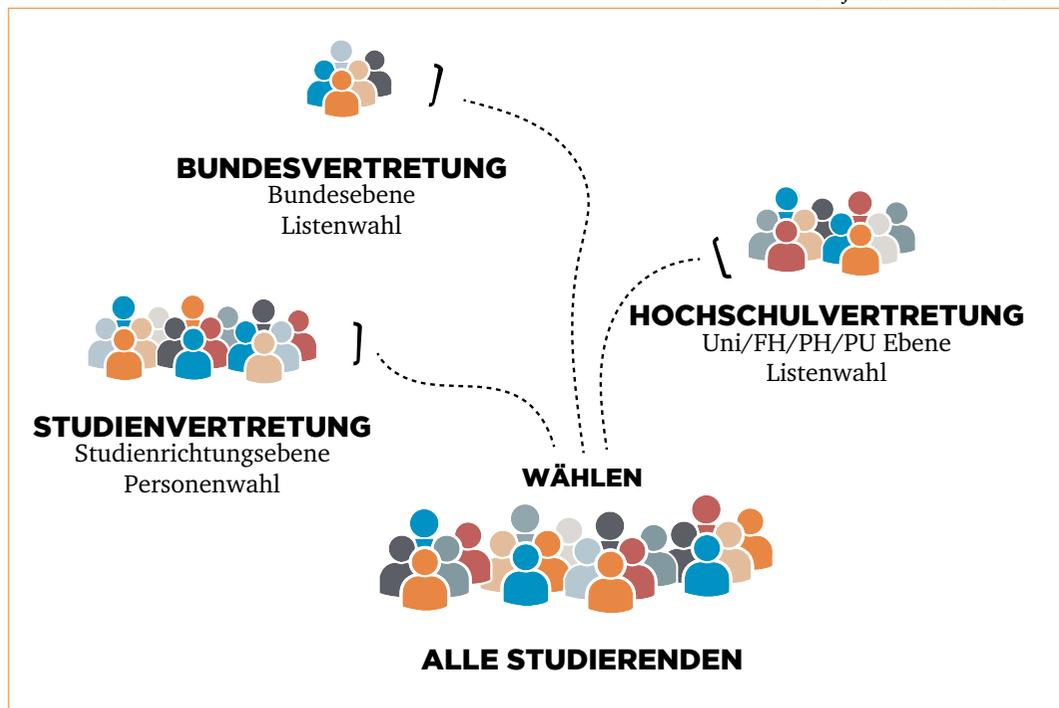
FEUILLETON: Alexander Gotter

WISSENSCHAFT UND POLITIK: Richard Klippfeld

Foto: Abd El Hamid Lashin



Grafik: Alexander Hoor



Hallo liebe Erstsemestrige!

Du hast es geschafft und bist inskribiert, herzlichen Glückwunsch! Mit deiner Inskription bist du automatisch Mitglied der Österreichischen Hochschüler_innenschaft. Die gute Nachricht ist: Du hast alle Hürden bis hierher gemeistert.

Die schlechte: Aufgaben und Probleme gibt es auch immer wieder während des Studiums. Hier kommen wir ins Spiel: Vielleicht hast du schon von der Österreichischen Hochschüler_innenschaft gehört – von deiner Hochschulvertretung oder deiner Studienvertretung. Wenn nicht - keine Angst! Hier ein kurzer Überblick, was tausende Studierendenvertreter_innen in ganz Österreich täglich machen und wo und auf welche Weise sie sich für dich einsetzen.

1. Deine Studienvertretung besteht aus drei bis fünf direkt gewählten Personen, die sich für Verbesserungen in deiner Studienrichtung einsetzen. Sie sind deine erste Anlaufstelle, wenn du **Beratung** oder Hilfe rund um dein Studium brauchst, sie setzen sich an deinem Institut oder Zentrum für bessere Studienbedingungen ein oder sind oft auch einfach nur da, wenn du mit Kolleg_innen einen Kaffee trinken und dich austauschen möchtest.

2. Deine Hochschulvertretung vertritt alle Studierenden an deiner Hochschule, beispielsweise vertritt die ÖH Uni Wien alle Studierenden der Uni Wien oder die ÖH FH Kufstein alle Studierenden der FH Kufstein, ganz egal, was sie studieren. Die Hochschulvertretungen bestehen aus vielen Ehrenamtlichen, die dich gegenüber der Hochschule, dem Rektorat oder der Geschäftsführung vertreten.

3. Die ÖH-Bundesvertretung sind wir. Wir bestehen aus einem Team von über 100 Personen und vertreten deine Interessen bundesweit. Geleitet wird die ÖH-Bundesvertretung vom Vorsitzteam bestehend aus Johanna, Marita und Hannah. Wir verhandeln mit Ministerien, setzen uns für bessere Gesetze im Hochschulbereich ein, beraten dich in Spezialfällen und bieten abseits davon viel Service rund ums Studium. Einige kennen uns bereits von Programmen wie „**Studieren probieren**“, mit dem wir Studieninteressierten einen Einblick in den Studienalltag geben. Über den ÖH-Beitrag bist du außerdem im Rahmen deines Studiums **unfall- und haftpflichtversichert**.

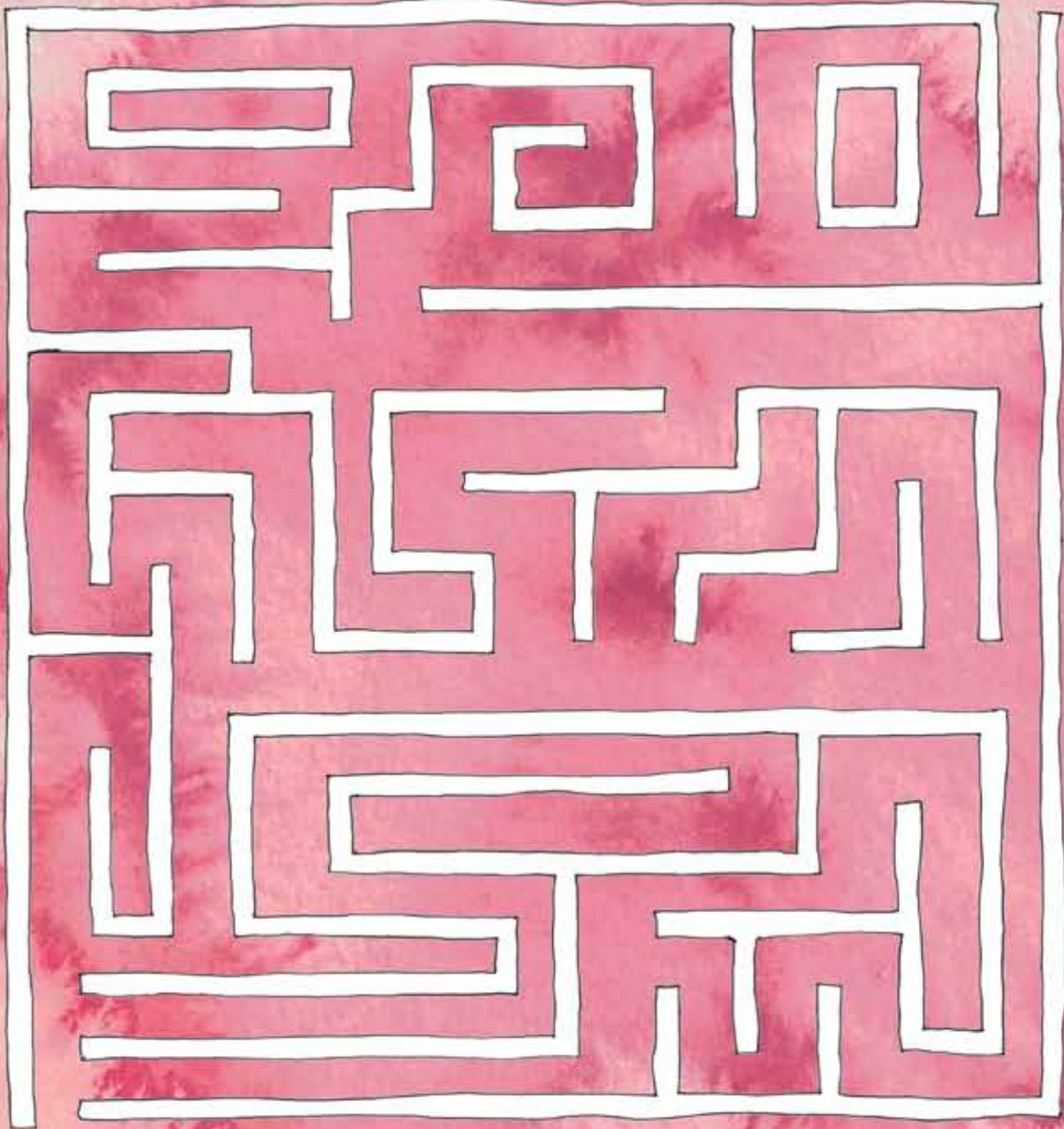
Ganz aktuell ist unsere Informationskampagne zur Studienbeihilfe: Dank des Einsatzes der ÖH-Bundesvertretung wurde die Studienbeihilfe dieses Jahr massiv erhöht. Anspruchsberechtigt sind mehr Studierende als früher und sie erhalten auch höhere Beihilfen als bisher. Wenn du also noch keinen Antrag gestellt hast, tu das am besten noch heute! Informationen darüber, wie das geht, findest du unter: www.oeh.ac.at/studienbeihilfe

Weitere studienrelevante Informationen bekommst du natürlich auch bei uns: über diese Ausgabe des **progress** beispielsweise, über unseren regelmäßigen Newsletter, unsere Social-Media-Kanäle (z.B. facebook.com/bundesoeoh), das „**Schwarze Brett**“ der ÖH bei dem du Jobs, Wohnungen und Co. finden kannst und über unsere Website www.oeh.ac.at. Wenn du also Fragen hast, melde dich bei uns – über E-Mail, telefonisch oder persönlich.

Jetzt aber erst Mal: Herzlich willkommen im Studierendenleben, herzlich willkommen an der Hochschule. Herzlich willkommen in der ÖH! <3

Johanna, Marita, Hannah

dossier



DAS RICHTIGE WERKZEUG

Ob FH oder Uni, öffentlich oder privat: Studieren in Österreich ist vielen Gesetzen und Vorgaben unterworfen. Lass dich nicht verwirren, denn wir geben dir das grundlegende Werkzeug, um diese zu verstehen und deine Rechte ableiten zu können.

Bürokratie gehört so sehr zu Österreich, wie Wasser in einen Teich. Man kann nicht an Zweiteres denken, ohne, dass einem Ersteres in den Sinn kommt. Diese Bürokratie macht natürlich auch vor dem österreichischen Hochschulraum nicht halt. Dass es – abhängig vom Hochschultyp – fünf unterschiedliche Gesetzesgrundlagen und zwei zuständige Ministerien gibt, macht die Sache nicht einfacher. Mit diesem Artikel wollen wir, das Referat für Bildungspolitik und das Referat für FH-Angelegenheiten der ÖH-Bundesvertretung, ein wenig Licht ins Dunkel bringen und euch einen Überblick über einige rechtliche Aspekte geben. Seien es Fachhochschule, Privat- oder öffentliche Universität: Wir helfen euch, den Passierschein A-38 zu finden.

FACHHOCHSCHULEN

Insgesamt gibt es in Österreich rund 50.000 FH-Studierende, die etwa 350 zugelassene Bachelor und Master Fachhochschul-Studiengänge an 21 FHs besuchen. Die Studiengänge werden sowohl Vollzeit als auch in immer größerer Anzahl berufsbegleitend angeboten.

Im Unterschied zu öffentlichen Universitäten sind Fachhochschulen privatrechtlich organisiert. Die Rechte und Pflichten der Studierenden werden in dem sogenannten Ausbildungsvertrag festgelegt. Der Vertrag wird am Beginn des Studiums von jedem_r FH-Studierendem_r unterzeichnet und fällt unter das Privatrecht. Dies stellt ein Problem dar, da gegen privatrechtliche Verträge nur an Bezirks- und Landesgerichten vorgegangen werden kann. Solche Prozesse sind oft mit hohen Kosten verbunden und daher für Studierende kaum tragbar.

Ein Rechtsstreit mit der eigenen Hochschule ist natürlich nicht ideal, aber manchmal der einzig

gangbare Weg, um eine verfahrenere Situation aufzulösen.

Studienbeiträge können, müssen aber nicht eingehoben werden. Derzeit werden im Burgenland, in Vorarlberg, an der FH Joanneum in der Steiermark und vom Bundesministerium für Landesverteidigung keine Studienbeiträge eingehoben.

Des Weiteren gibt es an jeder Fachhochschule eine Studien- und Prüfungsordnung, die zum Beispiel über Prüfungsmodalitäten Auskunft gibt. Die ÖH-Bundesvertretung vertritt seit einer Novellierung des Fachhochschul-Studiengesetzes (FHStG) Ende 2007 und der erstmaligen Entsendung von Vertreter_innen der FHs in die Bundesvertretung der ÖH im Jahre 2009 auf allen Ebenen die Interessen der FH-Studierenden.

Darüber hinaus gibt es an jeder Fachhochschule in allen neun Bundesländern eigene Vertretungen. Diese unterstützen die Studierenden durch Beratungen, betreiben Vernetzungsmöglichkeiten bei Events und bieten noch jeweils weitere Servicetätigkeiten an.

Außerdem gibt es seit dem Sommersemester 2009 in der ÖH-Bundesvertretung ein eigenes Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten, welches sich auf intensive Beratung und Vertretungsagenden der FH-Studierenden spezialisiert hat. Eine der Aufgaben des Referats ist es, sich bei allen für FH Themen relevanten Stellen für einen gleichberechtigten Umgang mit den FH-Studierenden im Bildungssektor einzusetzen.

Das Kollegium einer Fachhochschule ist mit der Durchführung und Organisation des Lehr- und Prüfungsbetriebs beauftragt. Es setzt sich dabei aus drei

Kurien zusammen: sechs Studiengangsleiter_innen, sechs Vertreter_innen des Lehrpersonals und vier Studierendenvertreter_innen, Vorsitz und Stellvertretung.

Kenne deine Rechte:

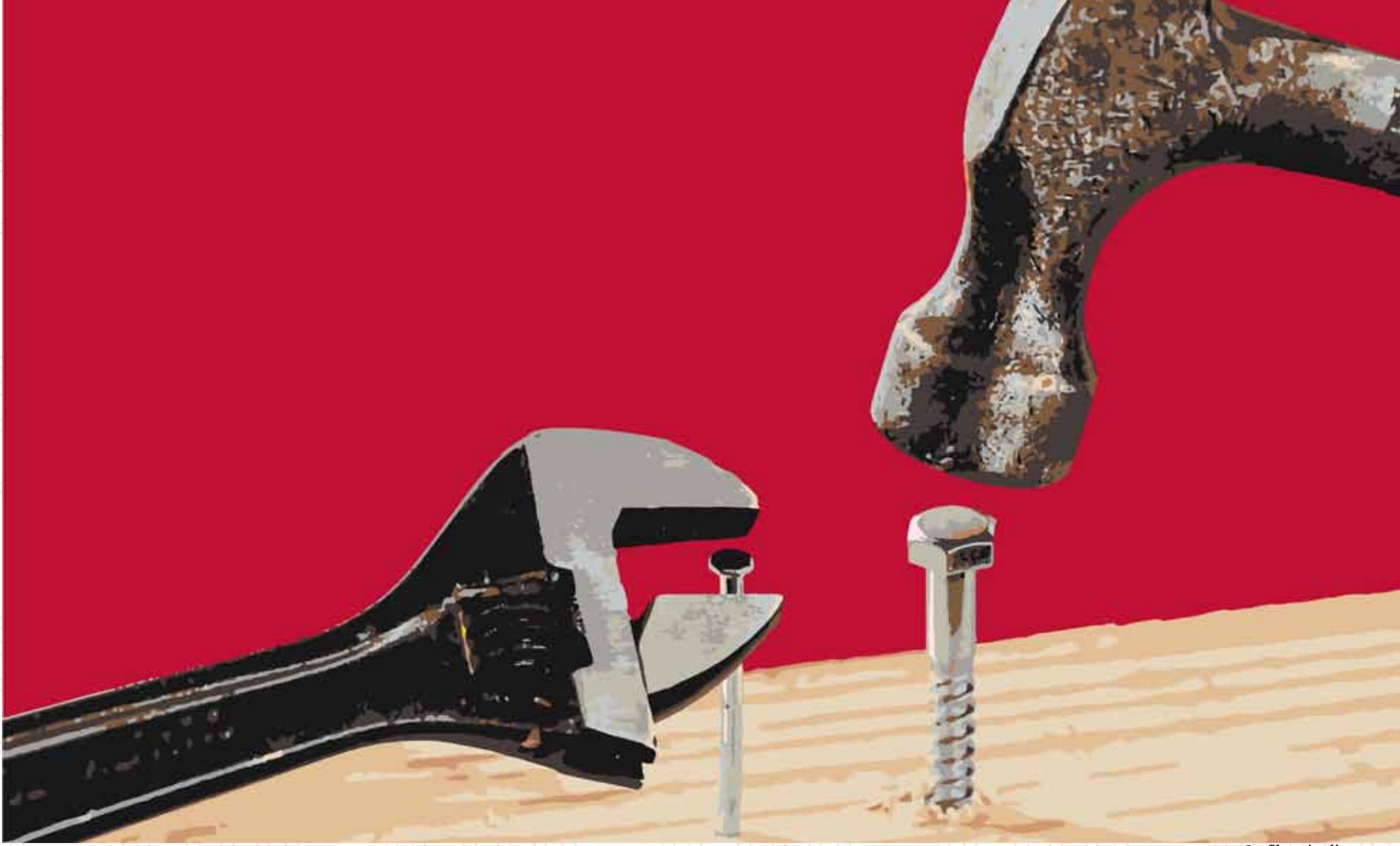
- Die Einsicht in Beurteilungsunterlagen ist für alle Studierenden laut FHStG §13 (6) zu gewähren.
- Eine Unterbrechung des Studiums ist möglich. Diese muss bei der Studiengangsleitung beantragt werden. (FHStG §14)
- FH-Studierende haben das Recht auf mindestens 3 Prüfungsantritte. (FHStG §18 (1))
- Die einmalige Wiederholung eines Studienjahrs ist möglich. Diese muss bei der Studiengangsleitung beantragt werden. (FHStG §18 (4))
- Gegen Entscheidungen der Studiengangsleitung kann, in allen Belangen, ein Antrag im Kollegium eingebracht werden.

ÖFFENTLICHE UNIVERSITÄTEN

Mit derzeit rund 308.000 Studierenden ist der Bereich der 22 öffentlichen Universitäten der größte des österreichischen Hochschulsektors. Studien an öffentlichen Universitäten sind Vollzeitstudien, doch steht die Forderung nach einem Teilzeitmodell schon lang im Raum.

Studienbeiträge müssen nur dann entrichtet werden, wenn man die Mindeststudienzeit + Toleranzsemester überschritten hat. Drittstaatenstudierende aus gewissen Ländern müssen ab dem 1. Semester den doppelten Studienbeitrag entrichten.

An öffentlichen Universitäten gibt es eigene Hochschüler_innenschaften, die mit der Vertretung der Studierenden der jeweiligen Hochschule betraut sind. Diese Hochschüler_innenschaften sind strukturell gleich aufgebaut wie die Bundesvertretung



Grafik: priordice

(Vorsitz mit Referaten), haben darüber hinaus aber auch einzelne Studienvertretungen, die für einzelne Studien zuständig sind. Prinzipiell gilt, dass jede Hochschüler_innenschaft für die eigene Hochschule zuständig ist. Die Bundesvertretung wird erst dann aktiv, wenn eine Angelegenheit mehrere Hochschulen betrifft.

An öffentlichen Universitäten sind Senate eingerichtet (geregelt in § 25 des Universitätsgesetzes), diese bilden eines der drei Leitungsgremien der Universität. Der Senat besteht aus 18 oder 26 Mitgliedern, dem Studierende mit vier (bei einer Größe von 18) oder mit sechs (bei einer Größe von 26) Mitgliedern angehören. Der Senat entscheidet neben der Satzung der Universität auch über die einzurichtenden und zu ändernden Curricula, demnach haben Studierendenvertreter_innen in diesem Gremium direkten Einfluss auf die Studienbedingungen.

Kenne deine Rechte:

- Zeugnisse sind unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von vier Wochen nach Erbringung der zu beurteilenden Leistung auszustellen. (§ 74 (4) UG)
- Ab dem Zeitpunkt der Bekanntgabe der Note hast du sechs Monate lang Einsichtsrecht in alle Prüfungsunterlagen. Außerdem dürfen Prüfungen bei der Einsicht vervielfältigt werden, ausgenommen davon sind Multiple Choice-Prüfungen. (§ 79 (5) UG)
- Negativ abgelegte Prüfungen können zumindest dreimal wiederholt werden. Die dritte (auf Antrag bereits die zweite) Wiederholung der Prüfung ist kommissionell abzulegen. Die Wiederholung muss unter den gleichen Voraussetzungen möglich sein wie die ursprüngliche Prüfung: Es darf dafür keine Fristen und keine zusätzlichen Voraussetzungen geben. (§ 77 (2) UG)

PRIVATUNIVERSITÄTEN

In Österreich gibt es derzeit 12 akkreditierte Privatuniversitäten (PUs), an denen rund 12.000 Studierende aktiv sind. Die Studien an Privatuniversitäten gelten als Vollzeitstudien, der Besuch einer solchen Universität ist mit der periodischen Entrichtung eines Betrages verbunden, dessen Höhe von der Universität selbst festgelegt wird. Für Privatuniversitäten gilt gem. § 5 (1) des Privatuniversitätsgesetzes (PUG) ein Finanzierungsverbot durch den Bund. Neben der Höhe des zu zahlenden Beitrages ist es den PU's außerdem selbst überlassen, wie sie ihr Studienjahr einteilen. Demnach gibt es auch Privatuniversitäten, an denen statt Semestern Trimester zu absolvieren sind.

Gleich wie Fachhochschulen sind auch PUs privatrechtlich geregelt. Dementsprechend müssen die Studierenden auch hier vor Antritt ihres Studiums einen Ausbildungsvertrag unterzeichnen, der ihre Rechte und Pflichten abbildet. Gemäß einer Auflistung des Hochschulombudsmannes sollten in diesem Ausbildungsvertrag folgende Punkte geregelt sein.

- Beginn des Studiums
- Beurlaubung
- Bezeichnung des Studienprogrammes und des akademischen Grades
- Bezeichnung der Vertragspartner (Privatuniversität und Studierende)
- Dauer der Ausbildung
- Einverständniserklärung der bzw. des Studierenden zur automationsunterstützten Be- und Verarbeitung ihrer bzw. seiner Daten
- Erklärung der Privatuniversität, der bzw. dem Studierenden nach erfolgreichem Abschluss der vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen das entsprechende Abschlusszeugnis auszustellen
- Folgen einer Vertragsverletzung

- Gründe für die Auflösung eines Vertrages
- Gerichtsstand (Benennung des im Streitfall zuständigen Gerichtes)
- Gültiges Curriculum
- Hinweis auf Akkreditierung
- Kosten der Ausbildung (zu entrichtende Leistungen des Studierenden, Studiengebühren) und die Zahlungsmodalitäten
- Ort und Datum des Vertragsabschlusses
- Rechte und Pflichten des Studierenden und der Privatuniversität (Hausordnung)

Das Referat für Bildungspolitik der ÖH-Bundesvertretung vertritt alle Studierenden an Privatuniversitäten und ist für deren Beratung zuständig.

Wir behalten im Bürokratiedschungel für euch den Überblick. Solltet ihr also Fragen zu Studium, Studienrecht oder ähnlichen Belangen haben, wendet euch jederzeit an bipol@oeh.ac.at oder als FH-Studierende an fh@oeh.ac.at. Wir sind für euch da! :)

Sebastian Höft studiert Instrumentalpädagogik und Konzertfach Trompete an der Kunstuni Graz, Marie – Therese Schrentewein studiert Kommunikationswirtschaft an der FH Wien der WKW und Markus Trebuch studiert Germanistik und Geschichte an der Karl – Franzens Universität Graz. Alle drei sind an der ÖH Bundesvertretung tätig.

Arbeitsrecht für Anfänger_innen

Mehr als die Hälfte aller Studierenden sind neben ihrem Studium erwerbstätig. Doch viele studentische Jobs sind durch schlechte Bezahlung und eklatante Missachtung rechtlicher Bestimmungen gekennzeichnet.



Illustration: Richard Kippfeld

KOLLEKTIVVERTRAG – WHAT THE FUCK?

Kollektivverträge sind Vereinbarungen zwischen kollektivvertragsfähigen Körperschaften der Arbeitgeber_innen (z.B. Wirtschaftskammer) und den Gewerkschaften (z.B. Gewerkschaft der Privatangestellten, GPA-djp), die für alle Beschäftigten in einer Branche gelten. Er regelt z.B. Mindestlöhne, Arbeitszeiten, Zuschläge und vor allem das Urlaubs- und Weihnachtsgeld, das allen Beschäftigten zusteht. Der Kollektivvertrag ist wie ein Gesetz einzuhalten. Arbeitgeber_innen dürfen im positiven Sinne vom Kollektivvertrag

abweichen, d.h. sie dürfen gerne mehr bezahlen („Überzahlung“) und kürzer arbeiten lassen, sie dürfen jedoch nicht weniger bezahlen oder längere Arbeitszeiten (außer bei Überstunden) verlangen als im Kollektivvertrag vorgesehen. Es gibt in Österreich keinen einheitlichen durch das Gesetz festgelegten Mindestlohn. Mindestlöhne werden immer branchenweise geregelt. 98% aller Branchen sind in Österreich durch einen Kollektivvertrag abgedeckt. Die Gewerkschaft verhandelt gemeinsam mit den Arbeitgeber_innen jedes Jahr neue

Kollektivverträge bzw. eine Erhöhung der Löhne und Gehälter. Wie hoch die Mindestlöhne und wie gut die Arbeitsbedingungen in einer Branche sind, hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung und von der Mitgliederstärke der Gewerkschaft in diesem Bereich ab. Auch Studierende können Mitglied in der Gewerkschaft werden, denn auch für sie gelten der Kollektivvertrag und seine Regelungen (siehe jugend.gpa-djp.at).

Welcher Kollektivvertrag für dein Unternehmen gilt, hängt immer vom Gewerbeschein des Unternehmens ab.

Dies kann auch bedeuten, dass man in der IT Abteilung einer Supermarktkette nach dem Kollektivvertrag für den Einzelhandel bezahlt wird, da der Gewerbeschein des Unternehmens auf Tätigkeiten im Einzelhandel lautet.

ARBEITSZEIT, PAUSEN, RUHEZEITEN UND URLAUB

Grundsätzlich muss Dauer und Länge der Arbeitszeit vereinbart werden. Beträgt die Arbeitszeit an einem Tag mehr als 6 Stunden, stehen dir 30 Minuten Pause zu. Die Pause zählt in den meisten Fällen nicht zur Arbeitszeit und wird meist nicht bezahlt. Nach

Beendigung des Arbeitstages stehen Arbeitnehmer_innen zu ihrem Schutz 11 Stunden durchgängige Ruhezeit zu, bis man wieder zur Arbeit eingeteilt werden kann. In einigen Kollektivverträgen (z.B. Gastronomie) gibt es jedoch die Möglichkeit, die Ruhezeit auf 8 Stunden zu verkürzen, wenn man im Austausch für die verkürzte Ruhezeit ein Mehr an Freizeit (z.B. ein verlängertes Wochenende) erhält. Dienstpläne müssen 2 Wochen vor Arbeitsbeginn bekanntgegeben werden und sind nur dann gültig. Änderungen am Dienstplan können prinzipiell gültig sein, bedürfen jedoch der ausdrücklichen Zustimmung durch den_die Dienstnehmer_in. Eine Änderung kann durch den_die Dienstnehmer_in abgelehnt werden, wenn Gründe für die Ablehnung vorliegen (z.B. eine Lehrveranstaltung am Nachmittag kann als Grund gelten). Dauert ein Dienstverhältnis kürzer als 6 Monate, stehen Arbeitnehmer_innen aliquot jeweils 2 Urlaubstage pro gearbeiteten Monat zu (auch geringfügig Beschäftigten). Nach 6 Monaten Dienstverhältnis steht der gesamte Urlaub von 5 Wochen zu. Das Unternehmen muss sicherstellen, dass Arbeitnehmer_innen ihren Urlaub aufbrauchen können.

GERINGFÜGIGKEIT - GANZ NORMALE ARBEIT, ODER?

Als geringfügiges Dienstverhältnis bezeichnet man eine Tätigkeit, welche mit maximal 425,70€ (Stand 1.1.2017) entlohnt wird. Wie viele Stunden dies konkret pro Woche bedeutet, hängt vom jeweiligen Kollektivvertrag ab. (Wenn der anzuwendende Branchen-Kollektivvertrag ein hohes Lohnniveau vorsieht, werden sich weniger Arbeitsstunden „ausgehen“ als bei einem Kollektivvertrag mit niedrigerem Mindestlohn.) Wenn du weniger als die 425,70€ verdienst, ist dein Unternehmen nur verpflichtet für dich Unfallversicherungsbeiträge einzubezahlen. Das bedeutet, du bist gegen einen Arbeitsunfall abgesichert, jedoch nicht krankenversichert. Als Student_in kannst du dich jedoch bei deinen Eltern mitversichern lassen, oder dich auch selbst bei der Gebietskrankenkasse versichern. Als geringfügige Arbeitskraft bist du jedoch arbeitsrechtlich allen anderen Mitarbeiter_innen gleichgestellt. Sobald du

mehr als die 425,70€ verdienst, bist du voll sozialversicherungspflichtig und es müssen entsprechende Arbeitgeber_innen/Arbeitnehmer_innenbeiträge geleistet werden. ÖH und GPA-djp Jugend bieten mit dem Geringfügigkeitsrechner ein Webtool, welches dir dabei hilft, zu überprüfen, ob du entsprechend fair bezahlt wirst.

MYTHOS PRAKTIKUM - ARBEITEN ZUM NULLTARIF?

Der Status Praktikant_in ist rechtlich gesehen ein wenig schwierig. Zuerst muss die Frage geklärt werden, welche Art der Tätigkeit man in seinem Praktikum ausüben muss. Das österreichische Arbeitsrecht kennt den Zustand „Praktikant_in“ eigentlich nicht, sondern nur den Unterschied zwischen Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen. Bei einem Ausbildungspraktikum steht der Wissenserwerb im Vordergrund. Man ist dabei nicht in den betrieblichen Ablauf eingebunden, steht in keinem hierarchischen Verhältnis und ist nicht leistungs verpflichtet. Die Entlohnung eines Ausbildungsverhältnisses kann der_die Praktikumsgeber_in selbst entscheiden, auch ein kompletter Verzicht auf Entlohnung ist rechtlich erlaubt. Ein Praktikum als Arbeitsverhältnis bedeutet, dass man regulär mitarbeitet, in betriebliche Hierarchien eingebunden wird und verpflichtet ist eine gewisse Form der Leistung zu erbringen. „Praktika“ sind in den meisten Fällen reguläre Arbeitsverhältnisse und sind zumindest entsprechend dem Kollektivvertrag der jeweiligen Branche zu entlohnen. Bei Fragen steht dir die Gewerkschaft zur Verfügung.

Viele Unternehmen versuchen unter dem Titel Praktikum jedoch, die Arbeitskraft von Studierenden zu Dumpingpreisen oder gar zum Nulltarif auszubeuten. Die Abgrenzung zwischen Ausbildung und Arbeitsverhältnis ist nicht immer einfach, doch es gibt einige Hinweise auf die man achten kann. Ist man als Praktikant_in in die betriebliche Hierarchie eingeordnet (gibt es Vorgesetzte, die Arbeitsaufträge erteilen können?) deutet vieles schon auf ein Arbeitsverhältnis hin. Ein weiteres Anzeichen für ein Arbeitsverhältnis ist, dass du im Namen des Unternehmens gegenüber

Dritten auftrittst (z.B. du beantwortest für die Firma Emails). Wichtig ist, dass man sich immer die Frage stellt: Ist meine Arbeitsleistung für den operativen Betrieb des Unternehmens notwendig? Diese notwendige Arbeit kann auch darin bestehen, Kund_innen z.B. darauf zu verweisen, dass die zuständige Person gerade im Urlaub ist und nach ihrer Rückkehr zurückgerufen wird. Die GPA-djp Jugend bietet mit der wachtlis-praktikum.at eine anonyme Möglichkeit, sich über die Rechtmäßigkeit des eigenen Praktikums zu informieren.

WERKVERTRAG - WILLKOMMEN IN DER (PREKÄREN) SELBSTÄNDIGKEIT?

Der Werkvertrag ist eine Tätigkeit, die auf die Erbringung eines Ziels gerichtet ist, ein sogenanntes Ziel-schuldverhältnis, im Gegensatz zum Angestelltenverhältnis, welches man als Dauerschuldverhältnis bezeichnet. So kann z.B. jemand damit beauftragt werden, ein englisches Buch in Deutsche zu übersetzen. Dazu wird ein Werkvertrag aufgesetzt. Die übersetzende Person verpflichtet sich, an einem bestimmten Stichtag die Übersetzung abzuliefern, der_die Auftraggeber_in für die Übersetzung wiederum, am ausgemachten Stichtag zu bezahlen. Wie viel die übersetzende Person für die Übersetzung verlangen kann, muss sie selbst entscheiden. Braucht das Projekt viel mehr Zeit als ursprünglich veranschlagt, so ist dies das Problem des_der Werksvertragsnehmer_in. Die Bezahlung fungiert als Komplettpreis. Der Werkvertrag ist eine selbständige Tätigkeit, entsprechend bist du selber für die Abführung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen verantwortlich. Einige Berufsgruppen (z.B. Dolmetscher_innen, freiberufliche Grafiker_innen) müssen erst ab einem Jahreseinkommen von 5.108,40€ Sozialversicherungsbeiträge leisten, steuerliche Abgaben sind allerdings schon früher fällig. Übersteigen deine selbständigen Einkünfte diese Grenze, so bist du entsprechend sozialversicherungspflichtig.

DER FREIE DIENSTVERTRAG

Der freie Dienstvertrag ist ein Dauerschuldverhältnis, welches sich aber durch geringe persönliche

Abhängigkeit auszeichnet. Als freie Dienstnehmer_in kannst du dich am Arbeitsplatz vertreten lassen und bist nur eingeschränkt weisungsgebunden. Die Bezahlung ist Vereinbarungssache. Vereinzelt Branchenkollektivverträge sehen Entgeltbestimmungen für freie Dienstverträge vor. Du musst bei der zuständigen Gebietskrankenkasse angemeldet werden. Wenn du mehr als 425,70 Euro pro Monat verdienst (Geringfügigkeitsgrenze), bist du sozialversicherungspflichtig und musst 17,62% für die Sozialversicherung abführen (auch der_die Arbeitgeber_in muss Beiträge einzahlen). Wenn du durch deinen freien Dienstvertrag über der Geringfügigkeitsgrenze verdienst, bist du damit voll kranken-, pensions- und unfallversichert. Freie Dienstnehmer_innen haben insbesondere im Fall einer Dienstverhinderung wegen Krankheit bzw. Unglücksfall oder aus sonstigen wichtigen Gründen keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung durch den_die Dienstgeber_in. Ab dem 4. Tag infolge Krankheit übernimmt der jeweilige Krankenversicherungsträger die Auszahlung des Krankengeldes. Wenn du mit einem freien Dienstvertrag ein Einkommen erzielst, welches größer als 11.000€ pro Jahr ist, musst du dieses Einkommen entsprechend versteuern. Du hast aber auch die Möglichkeit, verschiedenste Ausgaben (z.B. Arbeitsmaterialien für deine Tätigkeit) von der Steuer abzusetzen. Doch aufgepasst, auch das bei Angestelltenverhältnissen übliche Urlaubs- und Weihnachtsgeld bleibt bei freien Dienstnehmer_innen aus.

Christian Hofmann arbeitet in der der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA-djp) und betreut das Studierendenprojekt der Gewerkschaft. Für arbeitsrechtliche Fragen ist er unter christian.hofmann@gpa-djp.at oder 050301 21 342 zu erreichen.

Erasmus+

Erasmus+ ist seit Jahren ein Schlagwort, wenn es darum geht, Studierende und Lehrende im Zuge einer immer stärkeren Verschränkung aller Lebensbereiche über Grenzen hinweg zu verbinden.



Foto: Kolda

Sei es ein Austausch im Zuge des Studiums, um eine andere Kultur und andere Zugänge zu Bildung zu erfahren, oder ein Praktikum im Ausland, um die theoretisch erlernten Kompetenzen in echten Situationen anzuwenden.

2,5 Millionen Studierende und Schüler_innen werden in den Jahren 2014–2020 von Erasmus+ profitieren. Noch weitere 800.000 Lehrende und 500.000 junge Menschen werden in diesem Zeitraum an freiwilligen Tätigkeiten und Austauschprogrammen teilnehmen.

Das Programm Erasmus+ beschränkt sich nicht mehr nur auf den Bildungsbereich, sondern greift mittlerweile in andere Lebensbereiche ein. Beispielsweise unterstützt das Programm auch Forschungs- und Firmen-Projektpartnerschaften über Grenzen hinweg.

WAS SIND DIE ZIELE VON ERASMUS+?

Erasmus+ leistet Beiträge zu verschiedensten europäischen Zielsetzungen, wie etwa der Strategie Europa 2020, mit der die EU Forschung und technologische Entwicklungen an Hochschulen fördern will. Außerdem trägt das Programm viel zur nachhaltigen Entwicklung des Europäischen Hochschulraums, zur Förderung der Jugend, Sport- und Berufsbildungsangebote oder auch zum gemeinsamen Leben und Formen der europäischen Werte bei.

Das Erasmus+ Projekt beruht auf drei Säulen, welche gleichwertig umgesetzt werden sollen:

DIE LERNMOBILITÄT DER DES EINZELNEN

Internationale Vernetzung und Mobilität sind mittlerweile fast Grundvoraussetzungen für Absolvent_innen der verschiedenen Hochschulen in Österreich. Egal, ob man auf einer Pädagogischen Hochschule, einer Fachhochschule oder einer Universität studiert, man wird durch die umfangreichen Austauschprogramme der Institutionen förmlich dazu aufgefordert, einen Auslandsaufenthalt zu wagen. Der kann im Rahmen eines Programmes wie Erasmus+ stattfinden, oder aber auch nur eine kleine Konferenz sein. Die Möglichkeit, einen Teil der Ausbildung im Ausland durchzuführen, endet aber nicht mit dem Abschluss eines Studiums. Man kann auch ein Auslandspraktikum machen, um Berufserfahrung zu sammeln. Dafür ist nicht einmal ein Studium notwendig, man kann sich bereits als Schüler_in oder Lehrling auf eine spannende Erfahrung gefasst machen. Damit alle Angehörigen der verschiedenen Bildungseinrichtungen an dieser Erfahrung teilhaben können, gibt es Erasmus+ auch für Bedienstete. Denn durch internationalen Austausch können auch hier Fortschritte in der Arbeit erzielt werden. Es gibt aber auch noch andere Programme, die zur Lernmobilität beitragen, wie etwa den europäischen Freiwilligendienst.

ZUSAMMENARBEIT ZUR FÖRDERUNG VON INNOVATION UND ZUM AUSTAUSCH BEWÄHRTER METHODEN

Hier geht es um eins der zentralen Themen der Europäischen Union: Kooperation in jedem vor-

stellbaren Bereich. Es werden strategische Partnerschaften geschlossen zwischen Universitäten und Hochschulen, Hochschulen und anderen Bildungs- oder Forschungseinrichtungen. Es geht dabei vor allem um Interdisziplinarität. Ressourcen und Know-How sollen greifbar und erlebbar gemacht werden. Das kann spezifisch z.B. mit neuen Methoden in der Pädagog_innenbildung beginnen oder sich abstrakt auf Methoden zur Informationsweitergabe generell beschränken. Derartige länderübergreifende Kooperationen ermöglichen das leichtere Vergleichen und daher auch Anerkennen von Qualifikationen. Da wichtige Entscheidungen über so eine Anerkennung oft auf sehr lokaler Ebene getroffen werden, ist es immer wichtig, sich vorab schon mit der zuständigen Stelle an der eigenen Institution zu beraten.

UNTERSTÜTZUNG POLITISCHER REFORMEN

Erasmus+ will europäische Werte stärken und unterstützt daher auch politische Bildung. Dabei beschäftigt es sich jedoch nicht nur mit politischen Prozessen, sondern will durch konstanten Austausch, Monitoring und Vergleichbarkeit ein grundsätzliches Verständnis für europäische Prinzipien schaffen.

Grundsätzlich kann man sagen: wer auf Reisen geht, hat immer etwas zu erzählen!

Sascha Rossmann studiert Technische Physik an der TU Graz und ist im Referat für internationale Angelegenheiten an der ÖH Bundesvertretung tätig.

Vom Hinfallen und wieder Aufstehen

Stress, Leistungsdruck, finanzielle Probleme – für viele Studierende gehört das zum Alltag. Doch was, wenn sich all diese Dinge plötzlich summieren und alleine nicht mehr zu bewältigen sind?

Grafik: priordice



Laut Studierendensozialerhebung 2015 gaben 42% aller befragten Studierenden an, im Laufe ihres Studiums bereits an psychischen Beschwerden gelitten zu haben, welche ihren Studienalltag und –erfolg zeitweise wesentlich beeinträchtigten. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Sie reichen von Leistungsdruck über Versagensängste hin zu Existenzängsten. Professionelle Hilfe in Form von Gesprächen mit Psychotherapeut_innen kann helfen, die Ängste und den Druck abzubauen und somit die psychische Belastung zu verringern. Doch Psychotherapien sind teuer, die Plätze auf Krankenkasse rar und somit für viele Studierende nicht erschwinglich.

Genau aus diesen Gründen gibt es die psychologische Studierendenberatung, kurz PSB. Sie ist eine kostenlose Anlaufstelle für Studierende und bietet Beratung und Unterstützung im Studium, in Krisensituationen und bei jeglichen psychischen Problemen. Die Themen, die von der PSB abgedeckt werden, sind vielfältig: Sie beginnen bei Dingen, die unmittelbar mit dem Hochschulalltag zu tun haben, wie Studienbewältigung und Zeitmanagement, decken jedoch auch Gebiete ab, die nicht direkt mit dem Studium in Zusammenhang stehen müssen. Dazu zählen auch persönliche

Probleme und sämtliche Formen psychischer Erkrankungen.

Die PSB unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht, man kann dort auch anonym um Hilfe ansuchen. In Fällen, in denen tatsächlich eine längere Psychotherapie benötigt wird, werden auch mehrere kostenlose Termine angeboten, ebenso wie Unterstützung bei der Suche nach einem Therapieplatz auf Krankenschein (volle Kostenübernahme).

Anlaufstellen gibt es nicht nur in Wien, sondern bundesweit in sechs

Städten (siehe Infobox). Außerdem kann man auch online mit Mitarbeiter_innen der PSB in Kontakt treten.

Einige der Angebote der PSB richten sich auch speziell an Maturant_innen und Studienanfänger_innen. Maturant_innen wird Unterstützung bei der Frage nach der Studienwahl durch gezielte Information und Orientierungs- und Entscheidungshilfen angeboten. Für Studienanfänger_innen gibt es speziell zu Studienbeginn Angebote, die bei der Planung und Organisation des Studiums hilfreich sind. Das hilft, Problemen vorzubeugen, bevor sie überhaupt entstehen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die psychologische Studierendenberatung eine Anlaufstelle für Studierende in schwierigen und belastenden Lebenssituationen ist – egal, ob die Gründe dafür direkt im Studium zu verorten sind oder nicht. Angesichts der hohen Zahlen Studierender, die an psychischen Beschwerden leiden, ist diese Einrichtung dringend notwendig, auch wenn sie leider immer noch zu wenig genutzt wird. Auch hierfür ist eine Vielzahl an Gründen zu nennen, laut Studierendensozialerhebung 2015 ist nur 42% der Studierenden bekannt, dass es eine Einrichtung wie die PSB überhaupt gibt.

Außerdem ist das Aufsuchen professioneller, psychotherapeutischer Hilfe bis heute gesellschaftlich tabuisiert. Menschen, die dies dennoch tun, werden schnell stigmatisiert und pathologisiert. Das Narrativ, psychotherapeutische Hilfe in Anspruch zu nehmen wäre ein Zeichen von „Schwäche“ und nur bei schwerwiegenden psychischen Erkrankungen notwendig, hält sich hartnäckig. Das ist jedoch nicht der Fall, denn psychotherapeutische Hilfe kann in sämtlichen schwierigen Lebenslagen, in denen man sich überfordert, überrannt und allein gelassen fühlt oder einfach nicht mehr weiterweiß, aufbauend wirken und Kraft geben.

Es ist auch keine Schande, unter psychischen Erkrankungen wie zum Beispiel Depressionen zu leiden. Laut WHO erkrankt rund 20% der Bevölkerung weltweit im Laufe ihres Lebens daran. Das macht sie zu einer der häufigsten Erkrankungen, gesprochen wird darüber allerdings immer noch nicht. Bei Depressionen reicht es eben nicht „sich mal schnell zusammenzureißen“, wie oft suggeriert wird. Und genau das macht sie so gefährlich – diagnostiziert bestehen bei Depressionen gute Heilungschancen, werden sie jedoch verschleppt und unter den Tisch gekehrt, kann dies schwerwiegende Auswirkungen auf den Alltag und die Lebensqualität der betroffenen Person haben. Dies gilt übrigens nicht nur für Depressionen, sondern für sämtliche psychischen Krankheiten.

Es ist kein Zeichen von Schwäche, sich professionelle Hilfe zu suchen – im Gegenteil, es zeugt von Stärke. Was auch immer es ist, womit du zu kämpfen hast, du bist nicht der/die Einzige. Und du musst da auch nicht alleine durch.

Liam Alexander Wülbeck studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Wien.

Standorte und Kontakt

WIEN

Lederergasse 35/4, 1080
Tel. 01/402 30 91
psychologische.studentenberatung@univie.ac.at

GRAZ

Dreihackengasse 1, 1. Stock, 8020
Tel: +43/316/814748
psych.ber@uni-graz.at

LINZ

Altenbergerstraße 69, 4040 (Hochschulfondsgebäude, 1. Stock)
Tel. 0732/2468-7930
Psychol.studber@jku.at

KLAGENFURT

Universitätsstraße 66, Studentendorf / Haus 12, 9020
Tel. 0463/23 4 82
psycholog.studentenberatung@uni-klu.ac.at

SALZBURG

Mirabellplatz 9/1, 5020
Tel. 0662/8044-6500
psb.sbg@sbg.ac.at

INNSBRUCK

Schöpfstraße 3, hinterer westseitiger Eingang, 6020
Tel. 0512/507 39601
Psycholog-Studentenberatung@uibk.ac.at

Ich bin im falschen Studium, holt mich hier raus!

Ich studiere Biologie, ganz sicher. Oder doch Mathematik? Jus klingt aber auch gut. Aber was, wenn ich mit meiner Wahl später doch unzufrieden bist?

Ich habe im Zuge meiner Recherchen mit vier Student_innen gesprochen, die bereits einen oder mehrere Studienwechsel hinter sich haben. Sie wechselten nicht nur von einem Studienfach zum nächsten, sondern auch auf verschiedene Hochschulen oder ins Ausland.

ANNA*, 22 JAHRE DER BUMERANG-EFFEKT

Anna wechselte bereits zwei Mal ihr Studium. Sie studierte zwei Semester Soziologie an der Uni Wien. Das Studium verlor für sie bereits nach kurzer Zeit seinen Reiz, es war ihr zu langweilig und sie hatte sich ursprünglich etwas komplett anderes vorgestellt. Sie bewarb sich an der FH St. Pölten für den Studienlehrgang „Medien- und Kommunikationsberatung“ und kam auf die Warteliste. Nach einer längeren Reise im Sommer kam die Nachricht, dass sie aufgenommen sei. Sie studierte dort zwei Semester, doch ging danach wieder zurück an die Uni Wien. Das Studium auf der FH gefiel ihr nicht, es erfüllte thematisch ihre Erwartungen nicht und sie sehnte sich nach Eigenständigkeit. „Der fixe Stundenplan war mir dann auch zu blöd.“

Wieder an der Uni Wien begann sie im Wintersemester 2015 „Publizistik- und Kommunikationswissenschaft“ zu studieren. Sie ist nun im 5. Semester und fand damit das für sie Richtige. Anna kommt mit dem Aufwand des Studiums gut zurecht, sodass sie nebenbei in einer PR-Agentur arbeiten kann.

Die Wechsel haben für sie keine Schwierigkeiten dargestellt, zumindest konnte sie sich an keine erinnern. „Die Matrikelnummern gelten ja sowieso ewig.“

Anna bereut ihre Studienwechsel nicht. „Bereut hätte ich es eher, wenn ich Soziologie weiter studiert hätte.“ Alle Studienfächer brachten ihr Vorteile für die Zukunft. Seien es Kontakte für Jobs und Praktika oder private Freundschaften, die bis heute halten. „Man muss so lange suchen, bis man weiß was man will. Dann musst du halt so oft wechseln bis du dir sagst, ok, das ist es.“

LENA*, 20 JAHRE AUF DEM WEG ZUM TRAUM DAS RICHTIGE GEFUNDEN!

Lena maturierte im Jahr 2015 an einer AHS und wechselte seither zwei Mal das Studium. Sie begann gleich nach der Schule zu studieren. Ihr Traum war es an der Universität für Veterinärmedizin zu studieren. Sie wollte den Aufnahmetest im Sommer 2016 probieren und hat sich daher entschieden, als Vorbereitung Biotechnologie an der BOKU zu studieren. Nachdem sie die Aufnahme an die Universität für Veterinärmedizin nicht schaffte – und dies sehr knapp – verlor sie die Motivation, weiter an der BOKU zu studieren. Sie entschied sich für ein anderes Studium, welches ihr Interesse eher weckte: Wirtschaftsrecht an der WU. Gleich von Anfang an hatte sie gute Noten, das Fach war spannend, doch ihre Zukunft sah sie wo anders. Im Sommer darauf versuchte sie den Aufnahmetest der Veterinärmedizin nochmal, schaffte ihn jedoch wieder nicht. Daraufhin entschied sie sich für die Humanmedizin. Dies war für sie immer Plan B. Die Aufnahmetests von der Universität für Veterinärmedizin und der Medizinischen Universität Wien haben zeitlich einen geringen Abstand und sind sehr aufwendig in der Vorbereitung.

Damit sie nicht wieder ein Jahr warten musste, entschied sie, gemeinsam mit ihren Eltern, sich an der Sigmund-Freud-Universität anzumelden. Die SFU ist eine Privatuniversität in Wien, an der man, unter anderem, ebenfalls Humanmedizin studieren kann. Sie kostet 11.000 Euro im Semester und bietet eine umfangreiche Ausbildung. Lena ist klar, dass ein Studium an der Privatuniversität keine Selbstverständlichkeit ist, da die Kosten für die meisten Student_innen nicht aufzubringen sind. Lena hat das Privileg, dass ihre Eltern genug Geld auf der Seite haben, um ihr das Studium zu finanzieren. Auch diese Universität hat einen, zeitlich etwas später angesetzten, Aufnahmetest. Sie schaffte ihn, studiert seit Herbst 2017 dort und ist sehr glücklich damit.

Nochmal wechseln möchte sie nicht. „Ich werde auch immer älter und irgendwann möchte ich meinen Abschluss haben.“ Der Aufnahmetest der Universität für Veterinärmedizin reizt sie aber dennoch, sie möchte ihn nochmal für sich selbst probieren. Lena bezeichnet sich nun selbst als „Profi für diverse erste Semester.“ Sie weiß wie es auf an BOKU, der WU und der SFU funktioniert und gibt so ihr Wissen an Freund_innen und Bekannte weiter. Sie bereut ihre Studienwechsel nicht, findet es auch nicht schlimm, wenn jemand in ihrem Umfeld ein oder mehrere Male das Studium wechselt. „Es wird dich niemand fragen, ob du mal gewechselt hast, es geht darum, was du daraus machst.“

TOM*, 23 JAHRE HÄTT'I - WAR'II

Tom inskribierte sich direkt nach dem Zivildienst an der BOKU. Dort studierte er 2 Semester „Umwelt- und

Bioressourcenmanagement“, wobei sich im 2. Semester seine Motivation dafür verringerte. Außerdem fehlte ihm eine gewisse Sicherheit für die Zukunft. Diese Sicherheit meinte er am Juridicum in Wien zu finden. Doch auch dieses Studium sprach ihn inhaltlich nicht an. Er war kaum dort und begann während er noch inskribiert war bei diversen Sport- und Kulturevents zu arbeiten. Tom steckte seine gesamte Energie hinein, erlebte viel und hatte immer mehr den Drang, genau in diese Richtung beruflich zu gehen. Im vierten Semester Jus stellte er sich dann selbst die Frage, wie es weitergehen soll. „Zuerst war es immer so, ich studiere, was mich interessiert und dann wird schon was draus werden.“ Das hat Tom aber nicht gereicht. Er drehte seine Prämisse um, suchte nach dem, was er mal machen möchte und hielt dann nach dem richtigen Studium Ausschau. Er fand das Studium „Sport-, Kultur- und Veranstaltungsmanagement“ an der FH Kufstein in Tirol. Tom bewarb sich, wurde aufgenommen und studiert dort seit dem Wintersemester 2017. Auf die Frage, ob er jetzt glücklich sei, sagte er „Ich bin hier sehr zufrieden!“ Ein wenig bereue er es schon, dass er erst nach dem zweiten Wechsel das Richtige fand, dabei ging es ihm aber nicht um das Studium, sondern viel mehr die Zeit, die er verlor. Durch die Wechsel und die vier Semester Jus verlor er ebenfalls die Familienbeihilfe, darauf ist er nicht gut zu sprechen, da ihm damit eine wichtige finanzielle Stütze wegfiel.

Das Thema Studienwechsel war für ihn ein unangenehmes Thema. Doch als er es mit seiner Familie und Freund_innen besprach, war alles halb so schlimm. „Sie haben sich alle mit

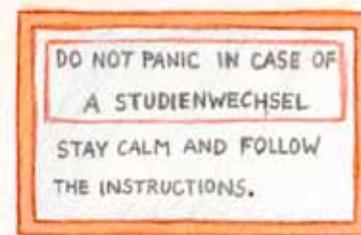


Illustration: Terry Suinta

mir gefreut!“ Durch die Gespräche fand er auch heraus, dass sehr viele seiner Bekannten das Studium wechselten. So etwas passiert recht oft, doch es wird eben nicht offen darüber geredet. Für Tom war die Entscheidung die richtige, heute ist er sich dabei sicher.

YASMIN*, 24 JAHRE RAUS IN DIE WELT

Yasmin begann, gleich nachdem sie die HAK mit Matura abgeschlossen hatte, im Jahr 2012 zu studieren. Wie Anna studierte sie zwei Semester Soziologie an der Uni Wien. Das Thema hat sie zwar interessiert doch es war ihr zu theoretisch. Ihre Schwester studierte zu diesem Zeitpunkt in Schweden. Dabei kam Yasmin auf den Gedanken, dass sie sich im Ausland ein geeignetes Studium suchen könnte. Dazu kamen Fernweh und dass sie eigentlich nichts in Wien hielt. Sie freute sich auf neue Erfahrungen und Erlebnisse. Nach reichlichem Suchen wurde sie fündig und fing im Herbst 2013 an „Wirtschaftspsychologie“ mit dem Nebenfach „Betriebswirtschaftslehre“ in Lüneburg, Deutschland zu studieren. Das Fach traf genau ihr Interesse. „Es war genau das Richtige für mich.“ Dieses Studium hat sie im Sommer 2017 abgeschlossen. Den Wechsel selbst fand sie nicht schwer, obwohl sie ins Ausland wechselte, hat alles gut funktioniert.

Für den Wechsel ist sie sogar sehr dankbar. „Es war eine unfassbar coole Zeit.“ Da sie eine HAK absolvierte und zwei Semester an der Uni Wien verbrachte, begann sie erst mit 20 an der Hochschule, an der sie schließlich ihren Abschluss machte. Das macht ihr aber nichts, sie ist glücklich, dass sie das richtige Studium fand. Auch

in ihrem Freundes- und Familienkreis erlebten das Einige, daher wurde sie in all ihren Entscheidungen unterstützt.

Die vier Geschichten zeigen, dass ein Studienwechsel nichts Schlimmes ist. Die Hochschulen in Österreich bieten ein breites Spektrum an verschiedensten Studienfächern an. Sich vor dem Beginn des Studiums über potenzielle Möglichkeiten zu informieren, gelingt oftmals nicht, dies kann dazu führen, dass die erste Wahl vielleicht nicht die richtige für dich ist.

Eine für dich uninteressante Lehrveranstaltung alleine sollte noch kein Grund zum Wechseln sein, das kommt vor. Fangen sich diese jedoch an zu summieren, fühlst du dich in deinem Studium unwohl oder erkennst, dass dich andere Fächer doch mehr reizen, ist es empfehlenswert, einen Wechsel in Betracht zu ziehen. Ein weiterer Grund kann sein, dass die Berufs- und Studienorientierung in den Schulen nicht ausreicht.

In Österreich ist der Studienwechsel auch gesetzlich geregelt. Diese Regelungen beziehen sich vor allem auf die Familien- und Studienbeihilfe, welche unter bestimmten Umständen generell oder vorübergehend wegfallen könnte. Weitere Informationen zum Studienwechsel kannst du der Infobox entnehmen.

**Die Namen wurden von der Redaktion geändert*

Johanna Stockreiter studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Uni Wien.

Was ist eigentlich ein Studienwechsel?

- Jede Änderung einer Studienrichtung. Beim Lehramtsstudium der Wechsel des Unterrichtsfaches
- Der Wechsel des Studienortes, bei gleichbleibender Studienrichtung, ist kein Studienwechsel.

FAMILIENBEIHLIFE UND STUDIENWECHSEL

Das Studium darf insgesamt zweimal, innerhalb der ersten zwei Semester gewechselt werden, sonst fällt die Familienbeihilfe weg.

Beispiele:

- 1 Semester Biologie 2 Semester Medizin Wirtschaftsrecht = zulässig
- 1 Semester Rechtswissenschaften 3 Semester Publizistik und Kommunikationswissenschaft Chemie = Anspruchsverlust
- 4 Semester Englisch 1 Semester Maschinenbau = Anspruchsverlust

Anspruchsverlust heißt in dem Zusammenhang, dass die Familienbeihilfe wegfällt. Sie fällt aber „nur“ im Ausmaß der bereits in Summe zurückgelegten Studiendauer weg und wenn in dieser Zeit die Familienbeihilfe durchgehend bezogen wurde.

Info-Box

Für das erste Studienjahr ist ein Studienerfolgsnachweis über 16 ECTS-Punkte aus Wahl- oder Pflichtfächern des betriebenen Studiums oder eine Teilprüfung der ersten Diplomprüfung zu erbringen. Wird der Studienerfolgsnachweis nicht erbracht, fällt die Familienbeihilfe weg. Bei Beginn eines nächsten Studienabschnitts bzw. bei Erbringung des Studienerfolgsnachweises kann die Familienbeihilfe beim zuständigen Finanzamt wieder beantragt werden.

STUDIENBEIHLIFE UND STUDIENWECHSEL

Auch hier darf innerhalb der ersten zwei Semester insgesamt zweimal gewechselt werden. Der dritte Studienwechsel bedeutet das Ende des Studienbeihilfenanspruchs.

Es ist jedoch möglich, bei einem späteren Studienwechsel nochmal Studienbeihilfe zu erhalten, wenn man in der neuen Studienrichtung gleich viele Semester gemeldet ist, wie in den zuvor gewählten.

Wenn der Studienort sich ändert, die Studienrichtung aber gleichbleibt, muss ein neuer Antrag gestellt werden, da eine andere Stipendienstelle dafür zuständig ist.

DIE NUMMER MIT DER NULL

Studiengebühren an der FH Oberösterreich

Grafik: Volker Christian, priordice

„Neue Zeiten. Neue Wege. Neue Chancen.“ – mit diesen Worten wird die verschriftlichte Information zur Pressekonferenz vom 23. Oktober 2017 mit Regierungsvertreter_innen des Landes Oberösterreich eingeleitet. Verkündet wird eine „neue Ära der oberösterreichischen Finanzpolitik“. Schwarz-Blau plant massive Einsparungen.

Neben erheblichen Einsparungen im Kultur- und Sozialbereich, die Existenzen vernichten werden, beginnt auch eine „neue Zeit“ an der Fachhochschule Oberösterreich. Neu ist unter anderem, dass nun ab dem Sommersemester 2018 Studiengebühren eingehoben werden. Für Studierende aus EU- und EWR-Staaten 363,36 Euro pro Semester, für Studierende aus Drittstaaten wird zukünftig eine Gebühr in der Höhe von 726,72 Euro pro Semester eingehoben.

Legitimiert wird diese finanzielle Belastung für Studierende damit, dass ohnehin „bereits 15 der 21 FH-Erhalter (sic!) in Österreich Studiengebühren“ einheben. Dieser „Nebensatz“ wird in diesem Zusammenhang auffallend konsequent verwendet. Sowohl in der medialen Berichterstattung als auch in den Informationsmails der Studiengangsleiter_innen.

Ein Satz, der die Einführung offensichtlich leichter machen und Verständnis erzeugen soll. Leichter für all jene, für die Studiengebühren eine finanzielle Bürde darstellen. Für all jene, die bewusst auf Einkommen verzichten, um eine Ausbildung zu absolvieren. Für all jene, die teilweise berufsbegleitend ganze Studienpläne durchlaufen und damit auf das Recht auf Freizeit verzichten – nur, um es irgendwann auf dem Arbeitsmarkt besser zu haben.

Auch, wenn die Hochschüler_innenschaft an der FH OÖ sich „mit aller Deutlichkeit gegen die Einführung von Studiengebühren“ ausspricht, kommt sie ihrer Rolle als Interessensvertretung nicht ausreichend nach und lässt einen wirklichen Aufschrei bisher vermissen. Dass sie auf ihrer Facebook Infopage ebenfalls zu dem oben erwähnten „Nebensatz“ greift, klingt eher nach einer Resignation als nach einer Kampfansage.

Wirklich leichter macht es diese neue Zeit definitiv aber nur für wenige. Es profitieren jene, die ohnehin keine Probleme haben, an bestimmten gesellschaft-

lichen Bereichen, wie beispielsweise dem tertiären Bildungsbereich, zu partizipieren. Dass Bildung zur Ware geworden ist und Menschen oft nur noch als reines Humankapital angesehen werden, ist eine Entwicklung, die beängstigend, aber keinesfalls neu ist. Neu ist lediglich jener politisch verfolgte Ansatz, dass das Erwerben dieser Ware zur Optimierung des eigenen Humankapitals noch mehr verbarrikadiert wird. Die Barrieren werden nun an der Fachhochschule Oberösterreich höher, damit weniger durchlässig und damit auch verletzender.

Dass andere das genauso machen, ist keine Begründung. Wenn, dann ist es der verzweifelte Versuch

STUDIENGEBÜHREN IN ÖSTERREICH

Keine Studiengebühr zahlen Studierende an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen, die

- Österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger,
- EU-Bürgerinnen und EU-Bürger,
- Personen, denen aufgrund völkerrechtlichen Vertrages dieselben Rechte für den Berufszugang zu gewähren sind wie Inländerinnen und Inländer oder
- Flüchtlinge gemäß der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sind, unter der Voraussetzung, dass sie die vorgesehene Studienzeit um nicht mehr als zwei Semester (Universitäten) überschreiten. Dies gilt für alle Studierende, unabhängig von ihrem Alter.

Für Studierende an Fachhochschulen gilt, dass die FH-Erhalter eine Studiengebühr von bis zu 363,36 Euro pro Semester einheben können. Dieser Betrag ist unabhängig von der Staatsbürgerschaft und der Studiendauer und wird von vielen Erhaltern (derzeit alle außer der FH Burgenland, der FH Oberösterreich, der FH Joanneum, dem BMLV und der FH Vorarlberg) eingehoben. Bei mehreren Studien an einer Fachhochschule und einer Universität ist der Studienbeitrag gegebenenfalls mehrfach zu entrichten. Das Studium an einer Fachhochschule ist kein Erlassungsgrund für das Zahlen von Studiengebühren an einer Universität.

Dinge zu legitimieren und als „normal und gesellschaftsfähig“ zu verkaufen, die es nicht sind und nicht sein dürfen. Barrieren und Barrikaden können aufgebaut werden, sie können aber jederzeit wieder eingerissen werden. Auch, wenn es dann vielleicht heißt: „Alte Zeiten, alte Wege, alte Chancen“.

Ina Pree studiert Gesundheits-, Sozial- und Public Management an der FH Oberösterreich.

Info-Box

FH OBERÖSTERREICH

An der FH Oberösterreich werden ab dem Sommersemester 2018 Studiengebühren in der Höhe von 363,36 € pro Semester für Studierende aus EU- und EWR-Staaten* eingehoben.

Für Studierende aus Drittstaaten** wird eine Studiengebühr in Höhe von 726,72 € pro Semester eingehoben. Diese Gebühr ist von Drittstaatsangehörigen zu bezahlen, die über eine Aufenthaltserlaubnis Studierender (§ 64 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz) verfügen.

* Studiengebühr von 363,36 € pro Semester für Studierende aus EU- und EWR-Staaten betrifft: Diese Gebühr gilt für Inländer_innen, alle EU-BürgerInnen und Staatsangehörige aus Norwegen, Island, Liechtenstein und der Schweiz.

* Die ermäßigte Gebühr von 363,36 € pro Semester ist auch für Drittstaatsangehörige gültig, die über ein Naheverhältnis zu Österreich gemäß Personengruppenverordnung verfügen. Dazu gehören beispielsweise

- anerkannte Flüchtlinge,
- Angehörige von in Österreich akkreditierten Auslandskorrespondenten oder von diplomatischem Personal,
- Personen mit Reifezeugnissen von österreichischen Auslandsschulen,
- Personen, die seit mindestens 5 Jahren in Österreich den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen haben.

FEUILLETON



HDR



HDR



ス

スロー

ビデオ

写真

スクエア

パノラマ



HASS UND POLITIK

Unterhaltsame Videos machten Michael Buchinger zum Vollzeit-Youtuber. Wir haben uns mit ihm getroffen, um über Hass im Netz, Politik und seine berufliche Zukunft zu plaudern.



Foto: Dominik Pichler

progress: Du wurdest unter anderem mit deinen Hass-Listen bekannt. Nun wird von allen Seiten gegen Hass im Netz protestiert. Wie stehst du dazu?

Michael Buchinger: Also für mich sind das zwei verschiedene Dinge. Der Hass, den ich verbreite, bezieht sich auf sehr oberflächliche Dinge, die ich nervig finde. Die Leute sind auch selten böse, wenn ich über Dinge herumhasse, weil das sind sehr oft Dinge, die sie selbst kennen oder schon erlebt haben.

Aber so richtiger Hass im Netz ist natürlich ein Problem. Ich frage mich,

was man dagegen machen könnte. Ich denke, das Standard-Forum sollte genauere Richtlinien haben (lacht) und Facebook vermutlich auch. Ich finde es schon schlimm und ich bin auch teilweise selbst Opfer des Hasses geworden, aber mir persönlich tut das nicht mehr so viel. Es gibt aber sicher Leute, die da sehr stark darunter leiden, denen schlimme Dinge gesagt werden, deren Adressen veröffentlicht werden und so weiter. Sowas ist mir zum Glück noch nicht passiert. Ich sehe das Wort Hass sehr differenziert. Ich habe das Wort für meine Videos gewählt, weil es polarisiert. Eigentlich

könnte man die Hass-Liste auch „Dinge, die ich nervig finde“-Liste nennen, aber Hass-Liste klingt einfach besser.

Hass kann meiner Meinung nach ja auch etwas Positives sein, solange er sich gegen die richtigen Dinge richtet. So ist es. Ich hasse Unfreundlichkeit und das ist doch eigentlich etwas Positives, weil eigentlich heißt das ja nur, dass ich Freundlichkeit mag.

Bekommst du auch negatives Feedback von Personen oder Unternehmen als Reaktion auf deinen Hass?
Kann schon sein, aber das ist mir dann

auch relativ egal. Bei Personen wäre es mir nicht wurscht, aber ich versuche Leute, die Vorlage für meine Hass-Listen sind, zu anonymisieren: Ich ändere das Geschlecht, den Namen und alle Merkmale, an denen man sie erkennen könnte. Viele meiner Inhalte beziehen sich auf meinen Alltag und natürlich geht es in meinen Videos nicht nur um mich – da kommen selbstverständlich andere Leute vor und so kann es schon passieren, dass Leute sich wiedererkennen. Ich könnte die Leute natürlich vorher fragen, aber wie soll ich das machen, wenn es um etwas Negatives geht? Ich mache die Videos einfach

immer in der Hoffnung, dass die betroffenen Personen es nie sehen oder sich zumindest nicht erkennen (lacht). Ich denke, es schauen doch mehr Leute, als ich es mir so vorstelle. Es ist oft schwierig, die Menschen hinter den Zahlen auf Youtube einzuschätzen. Ich denke manchmal gar nicht daran, dass Menschen aus meinem Umfeld hinter diesen Zahlen stecken. Ich habe zum Beispiel auch in meinem Buch ein Kapitel über eine Person geschrieben. Darin geht es um Freundschaften, die man beenden sollte, weil sie einfach niemanden mehr Spaß machen. Da habe ich mir dann schon gedacht: „Hm, was passiert, wenn diese Person das liest?“ Mein Fazit: Dann kennt sie zumindest die Wahrheit! Und solange es wirklich so ist, dass keine dritte Person die Person erkennt, um die es geht, ist es okay für mich.

Aber kommen die Personen dann nicht auf dich zu und sagen dir, dass sie es nicht okay finden, wenn du in deinen Videos oder im Buch über sie sprichst? Nein, das ist noch nie passiert. Vielleicht hassen die Leute Konfrontationen genau so sehr wie ich. Manche Leute erzählen mir schon, dass sie sich wiedererkannt haben, aber sehen das dann eher positiv, freuen sich oder fühlen sich geehrt (lacht). Bei diesem einen Buchkapitel habe ich wirklich Sorge gehabt, aber ich versuche mein Leben jetzt neu zu leben und Personen ins Gesicht zu sagen, wenn ich ein Problem mit ihnen habe, also sollte es ja auch kein Problem sein, wenn ich es im Anschluss in einer Hass-Liste anspreche.

Was hasst du heute besonders? Ich komme gerade aus der U-Bahn und da war eine Gruppe an Jugendlichen die heimlich Fotos von mir gemacht haben. Das hasse ich sehr. Wenn die Person ein Foto von oder mit mir möchte, kann sie mich doch ansprechen. Aber das trauen sich viele einfach nicht. Das liegt vermutlich daran, dass ich den Ruf habe, ein Monster zu sein. Als ich dann von der U-Bahn hierher gegangen bin, ist ein Skateboarder hinter mir auf der Straße gefahren. Irgendwann hat er mich dann überholt, ist gegen eine Wand geprallt und gestürzt. Ich habe versucht nicht zu lachen, habe ihm das Skateboard gegeben und ihn gefragt, ob alles okay

ist. Ich dachte mir, dass Gott ihn für sein Verhalten bestraft hat, weil er war so ein richtiger Rowdy. Skateboarder sollten doch am Gehsteig fahren, oder?

Ja. Siehst du! Es war noch dazu so ein älterer Mann. Als ich ihm das Skateboard gegeben habe, hat er gesagt: „Du bist doch dieser Blogger! Du machst das sehr gut!“ Aber ich glaube, das hat er nur aus Dankbarkeit gesagt. Diese zwei Dinge sind allein in den letzten 15 Minuten passiert. Schon wieder zwei Hass-Punkte gefunden!

Leute beschwerten sich immer wieder, dass Youtuber_innen sich verkaufen würden. Wie begegnest du solchen Vorwürfen?

Ich habe da auch lange einen inneren Konflikt gehabt und bin dann in mich gegangen und hab mich gefragt, wann es vertretbar ist, sich zu verkaufen oder halt Werbung zu machen. Ich denke mir, solange es authentisch ist, ist es okay. Die Leute vergessen halt oft, dass die Bannerwerbung auf Youtube nicht so viel abwirft. Das ist wirklich relativ wenig – bei mir zumindest. Und dadurch, dass der Content nichts kostet, kann man ab und zu schon etwas machen, das bezahlt ist. Ich habe aber schon meine Prinzipien und lehne auch so um die 70% der Kooperationen ab. Aber ich muss halt meinen Alltag finanzieren. Die Leute betrachten Youtube einfach oft als Hobby und verstehen nicht, warum jemand Geld damit verdienen möchte. Für mich ist es halt mein Beruf und ich finde es selbst oft ulkig, weil das Berufsbild Youtuber_in gab es bis vor kurzem ja auch noch gar nicht. Ich habe mir in letzter Zeit schon oft gedacht, dass ich mir ein Leben als Werbefigur aufbaue (lacht). Ich versuche mich da aber auch ein bisschen umzuorientieren: Das Buch war eine gute Einnahmequelle und für 2018 ist eine Bühnenshow geplant. Man muss als Internetperson eben auch Geld verdienen – und Kooperationen bringen halt das meiste Geld. Die Bannerwerbung auf Youtube alleine wirft im Monat ungefähr 700 Euro ab, was nicht wenig ist, aber davon bleibt nach Abzug der Mietkosten nicht viel übrig. Ich gehe damit mittlerweile viel offener um, weil man merkt, dass es auch im Radio

und Fernsehen Produktplatzierungen gibt, und es gibt kaum Podcasts, die ohne Sponsoren funktionieren und so weiter.

Man kann halt nur versuchen, einen angemessenen Rahmen zu finden und für Geld nicht Sachen zu machen, die man nicht auch so machen würde. Das habe ich in der Vergangenheit auch schon getan, als ich noch ganz jung war, aber ich habe gelernt. Die perfekte Kooperation wäre natürlich, wenn mir jemand Geld für etwas anbietet, das ich sowieso gemacht hätte. Das war zum Beispiel bei der Kooperation mit Thalia der Fall, als ich einen Tag dort gearbeitet habe. Das hätte ich auch so gemacht, denn es ist einfach eine witzige Idee. Viele kommentieren bei meinen Videos Sachen wie „Bei dir ist auch nur noch Werbung!“, aber so viel Werbung ist es im Vergleich zum übrigen Content nicht. Youtuber_innen sind für viele die besten Freunde von nebenan und wenn die dann für etwas Geld bekommen, stellt das häufig ein Problem dar.

Dein Youtube-Channel ist kein besonders politischer, trotzdem reißt du ab und zu politische Themen an. Siehst du es als deine Pflicht, dich als Person mit großer Reichweite politisch zu äußern?

Die Leute sagen mir immer wieder, ich sei sehr politisch und sie finden auch viele meiner Videos sehr politisch. Ich sehe das gar nicht so (lacht). Wenn es Fragen gibt, äußere ich mich dazu, zum Beispiel warum ich es zulasse, dass vor meinen Videos Werbung der FPÖ läuft. Ich bin zwar keiner, der Wahlempfehlungen gibt oder Elefantentrunden analysiert – das wäre vielleicht auch einmal ganz lustig –, aber natürlich schwingt meine Überzeugung mit und man merkt, wie ich politisch gesinnt bin, wenn man meine Videos schaut. **Ich find das sehr spannend, wie viele Leute zu mir sagen, ich sei so gesellschaftskritisch und meine Videos seien so politisch und ich denk mir nur „Hä?!“.** Ich möchte mit meinen Videos fünf Minuten Realitätsflucht bieten und deshalb versuche ich die Politik eher fernzuhalten. Zum Beispiel wollte man, dass ich bei der Nationalratswahl Politiker_innen interviewe, aber das wäre mein größter Alptraum. Bei manchen Wahlen habe

ich mich schon geäußert, aber nie so explizit. Ich finde, es ist wichtig, die Leute anzuregen, wählen zu gehen, aber ich möchte ihnen nicht vorschreiben, was sie wählen sollen. Ich sage dann halt immer: „Geh auf wahlkabine.at, da kommt dann raus, dass du die KPÖ wählen sollst!“ (lacht). Ich war letztens bei so einer Podiumsdiskussion zum Thema „Links, rechts oder bequem“ und die meinten, dass die Jungen sehr stark rechts gewählt haben. Stimmt das?

Ja. Interessant. (Rollt mit den Augen)

Reden wir über etwas Schöneres: Wie wird deine berufliche Zukunft weitergehen?

Ich schreibe gerade mein zweites Buch – das kommt aber erst im Herbst 2018. Das Schreiben macht mir wirklich Spaß. Ich schreibe ja schon sehr lange, aber es wurde halt nie etwas publiziert – außer in ein paar Magazinen. Und ich wollte schon immer auf die Bühne, aber ich weiß halt nicht, ob das, was auf Youtube funktioniert, auch auf der Bühne funktioniert. Ich glaube, es ist rhetorisch etwas anderes, ob du ein fünfminütiges Video machst oder ob du eine 90-minütige Show machst. Deshalb möchte ich das zweite Buch als Aufhänger nehmen und so eine Mischung aus Lesung und Kabarett machen. Dann gibt es ein paar Fixpunkte, wo ich was vorlesen kann, was ja sehr einfach ist.

Na ja. Nicht? Ich behaupte mal, dass ich meine eigenen Texte halbwegs gut vorlesen kann (lacht). Ich weiß aber noch nicht, ob es funktionieren wird, also ob ich es schaffe, die Jungen ins Kabarett zu locken. Man muss es halt jetzt schon für Winter 2018 planen – und dabei habe ich das Buch noch gar nicht geschrieben! Es ist halt alles sehr kompliziert, aber ich fühle mich mittlerweile schon sehr wohl auf der Bühne. Wird schon irgendwie gutgehen!

Danke, das war es schon!
Das war ja ein Quickie!

Andrea Anderson studiert Publizistik und Zeitgeschichte.

#metoo

Der Hashtag sorgte als Reaktion auf die Anschuldigungen gegenüber Harvey Weinstein, Schauspielerinnen gegenüber sexuell übergriffig gewesen zu sein, für große Aufmerksamkeit. Viele Menschen nutzten das Momentum und erzählten auf diversen Social-Media-Kanälen von ihren Erfahrungen mit sexueller Belästigung und Gewalt.

Das Ziel des Aufrufs war, der Welt zu zeigen, wie allgegenwärtig Sexismus in unserer Gesellschaft ist. Doch was als bestärkende Kampagne anging, nahm irgendwann eine komplexe Eigendynamik an. Immer weniger ging es um die Betroffenen, die Diskussionen verlagerten sich zu Sexismus in der Politik und im Schauspielbusiness. Peter Pilz. Roy Moore. Reinhard Göweil. Nina Proll. Kevin Spacey. Donna Karan. Die Medien stürzten sich auf sie, zerrissen sie, lobten sie, verteidigten sie. Es wurden hitzige Debatten darüber geführt, ob den Betroffenen zu trauen sei, ob da nicht doch übertrieben werde oder ob die Anschuldigungen zu weit gingen. Leider wurden die Möglichkeiten der Prävention fast gar nicht thematisiert. Die österreichischen Medien übernahmen keine Verantwortung, viel eher beschäftigte sie die Unsicherheit, was nun für ein #metoo „reiche“. Geben laszive Blicke in der U-Bahn bereits Grund genug oder haben nur Menschen, die zumindest vergewaltigungsnahe Situationen durchlebt haben, das Recht, sich zu melden?

KEINE RELATIVIERUNG SEXUALISierter GEWALT! In Unterhaltungen in meinem Umfeld fiel schnell die Anmerkung, #metoo sei schon eine gute Sache, es wäre jedoch schade, dass sich manche Menschen, die „es gar nicht betrifft“, in Szene setzen müssten. Menschen, die „lediglich“ Erfahrungen mit verbaler sexueller Belästigung gemacht hatte, wären nicht „betroffen“, sondern würden nur von den „eigentlichen Opfern“ ablenken.

Zwischen nonverbalen, verbalen und körperlichen Übergriffen muss differenziert werden, dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Es darf keine Relativierung oder Bagatellisierung sexualisierter Gewalt stattfinden. Eine Vergewaltigung zieht für die betroffene Person andere Folgen nach sich als eine

anzügliche Bemerkung. Jedoch sollten wir Vorsicht walten lassen, wenn wir „mindere Vergehen“ als weniger besorgniserregend und damit als vernachlässigbar abstempeln. Auch nicht-körperliche Übergriffe sind ein Ausdruck von Macht und belasten die Betroffenen. Eine Prüfungssituation, bei der ein Professor ununterbrochen zweideutige Anspielungen von sich gibt und neben Prüfungsfragen auch Fragen zu den bevorzugten Sexualpraktiken stellt, ist für die betroffene Person extrem beklemmend.

Unsere Toleranz gegenüber Verhalten, das „ja nicht so tragisch ist“ schafft erst die Möglichkeit dafür, dass Menschen auch körperliche Grenzüberschreitungen als normal hinnehmen. Es sind die zahlreichen Alltagssexismen, die das Rückgrat der rape culture bilden, also unserem gesellschaftlichen Zustand, in dem verschiedene Formen sexualisierter Gewalt normalisiert und geduldet werden. Wenn wir so etwas gewohnt sind, und es auch noch Tag für Tag akzeptieren müssen, verbal auf unsere Geschlechtsteile reduziert zu werden, so ist der Schritt für Täter_innen, physische Grenzen zu überschreiten, nicht mehr weit. Vergewaltigungen sind letzten Endes Ausdruck einer Gesellschaft, die sexuelle Selbstbestimmung nicht ernst nimmt. Deswegen muss im Rahmen von Präventionsmaßnahmen ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass andere Menschen keine Objekte sind, über die man nach Lust und Laune verfügen kann. Es muss zur Selbstverständlichkeit werden, dass niemand auch nur irgendein Recht darauf hat, den Körper einer anderen Person ohne ihre Zustimmung zu berühren.

AWARENESS AUF DER UNI UND IM CLUB. Während im Hochschulkontext Machtgefälle üblicherweise von Lehrkräften ausgenutzt werden, kommt es unter Studierenden beim Feiern unter Ein-

fluss von Alkohol und Drogen verstärkt zu problematischem Verhalten. „Der Typ war halt betrunken“, heißt es dann so schön. Blame it on the alcohol. Das anzustrebende Ideal wäre es, Menschen dahingehend zu sensibilisieren, dass sie auch im berauschten Zustand sexuelle Übergriffe widerlich finden. Bis wir in diesem goldenen Zeitalter erfolgreicher Präventionsmaßnahmen angelangt sind, braucht es jedoch Mechanismen, um uns zu schützen und Betroffene in konkreten Situationen zu unterstützen.

Auf manchen Feiern werden Awareness Teams aufgestellt, deren Aufgabe es ist, als Ansprechpersonen zu fungieren, aber auch auf unerwünschtes Verhalten aufmerksam zu machen und Leute, falls nötig, des Raumes zu verweisen. Auch bei Veranstaltungen, bei denen es kein dezidiertes Awareness Team gibt, wird darauf hingewiesen, dass Menschen, die sich unwohl oder bedroht fühlen, sich an das Personal hinter der Bar wenden können. Etwas subtiler sind Aktionen wie „Ask for Angela“ oder „Wo geht's nach Panama?“. Die Idee dahinter ist es Menschen zu ermöglichen, unauffällig und ohne große Erklärungen, um Hilfe bitten zu können. In den Toiletten werden Plakate mit dem Hinweis, es könne an der Bar bei Bedarf nach Angela gefragt werden, angebracht. Die Person wird dann ohne weiterem Nachfragen an einen sicheren Ort gebracht, wo dann auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird.

Es liegt zwar oft noch an den Betroffenen, auf sich aufmerksam zu machen und sich zu wehren, jedoch setzen diese Herangehensweisen das deutliche Zeichen, dass sexuell übergriffiges Verhalten in den jeweiligen Räumen nicht toleriert wird. Besucher_innen wird damit versichert, dass sie von Seiten der Organisation weder aufgrund ihres Sexuallebens oder der Anzahl an Sexualpartner_innen verurteilt



Illustration: Henna Räsänen

werden, noch befürchten müssen, dass ihnen selbst die Schuld am Vorfall zugeschrieben wird. Dies trägt im Idealfall dazu bei, dass sich Menschen eher trauen, sich aus potentiell gefährlichen Situation rechtzeitig zu entfernen und übergriffiges Verhalten – sei es ein Date, das ein „Nein“ nicht einsehen will oder „nur“ ein Anmachspruch, der Vergewaltigung als Pointe hat – zu melden.

Auch an den Hochschulen selbst wird daran gearbeitet, dem Sexismus etwas entgegenzuhalten. Referate der ÖH, die sich auf Universitätsebene mit Sexismus, Diskriminierung und sexueller Belästigung auseinandersetzen, finden sich an einigen – leider nicht an allen – Hochschulen (zB das Frauen*referat an der Uni Wien oder das Referat Frauen, Gleichbehandlung, Queer an der Uni Innsbruck). Verpflichtend ist, an jeder Universität einen Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen einzurichten. Dieser bietet, neben anderen Tätigkeiten, Betroffenen sexueller Belästigung Beratung an. Als erste Anlaufstelle nehmen die Arbeitskreismitglieder die Fälle auf und überlegen mit der betroffenen Person eine mögliche Intervention des Arbeitskreises. Je nach Bedarf leiten sie die Person an andere Institutionen und Beratungsstellen weiter. Leider ist diese Einrichtung vielen Studierenden nicht bekannt. Dabei stellen viele der Arbeitskreise wichtige Informationen zur Verfügung und publizieren Broschüren. Diese bieten eine Definition sexueller Belästigung und skizzieren in Beispielen, wie sich diese ausdrücken kann. So werden z.B. in der Broschüre der WU Wien unter anderem abwertende Anekdoten, exhibitionistische Handlungen, Hinterherpfeifen und Aufforderung zu sexuellen Handlungen als Beispiele genannt. Es ist wichtig, ein konkretes Bild von sexueller Belästigung vor uns zu haben, um sie in weiterer Folge zu erkennen und gegen sie anzukämpfen.

Den meisten Menschen wird nämlich nicht von Politiker_innen, Schauspieler_innen oder sonstigen hochrangigen Persönlichkeiten sexualisierte Gewalt angetan. Es ist natürlich wichtig, auch diese Täter_innen zur Rechenschaft zu ziehen und klarzumachen, dass Prominenz oder gute Dienste an der Gesellschaft sexuell übergriffiges Verhalten nicht entschuldigen. Uns muss jedoch bewusst sein, dass die Menschen, neben denen wir im Hörsaal sitzen, die unsere Abschlussarbeit betreuen, die unser Tutorium leiten, mit denen wir befreundet oder in Beziehungen sind und denen wir vertrauen, viel eher unsere Grenzen überschreiten werden als ganz Fremde. Täter_innen finden sich an allen Ecken und Enden unseres Alltags und es gilt sie alle, unabhängig davon, ob sie unser_e beste_r Freund_in oder zurzeit im Kino zu sehen sind, für ihre Handlungen zu verurteilen.

RAPE CULTURE ZERSCHMETTERN. Wir geben rape culture bedauerlicherweise einen festen Halt in unserer Gesellschaft, indem wir sexistische Erwartungen an sexuelle Beziehungen und Geschlechterrollen aufrechterhalten. Wir raten unseren Freund_innen, Ungewolltes über sich ergehen zu lassen, um Diskussionen mit der_dem Parter_in zu vermeiden. Wir weisen unsere_n Sitznachbar_in im Hörsaal darauf hin, dass sie die unangenehmen Annäherungen der lehrenden Person als Chance für eine bessere Note nutzen könnte. Wir überhäufen Menschen so lange mit Erwartungen, bis sie denken, sie seien zu gewissen Handlungen verpflichtet. Wir überreden unseren Aufriss dazu, mit uns unverhütet Sex zu haben. Wir drohen Menschen unterschwellig mit dem Entzug von Liebe und Zuneigung, wenn sie sich nicht sexuell zur Verfügung stellen. Wir fragen eine Person, die von ihrer Vergewaltigung erzählt, ob sie sich sicher sei – „Vielleicht ist es nur seine Art und Weise Sex zu haben?“.

Lasst euch von der Gesellschaft nicht zu Verhaltensweisen drängen, die uns allen schaden! Wenn ihr etwas seht, sagt was. Stellt euch hinter die betroffene Person, seid für sie da, bringt sie an einen sicheren Ort und geht mit ihr zur Polizei, wenn sie das möchte. Wenn euch eine Person von ihren Erfahrungen erzählt, hört ihr zu und nehmt sie ernst. Wenn eure Freund_innen von übergriffigem Verhalten, das sie selbst gesetzt haben – sei es ihnen bewusst oder unbewusst – erzählen, weist sie zurecht und sagt ihnen, dass solche Handlungen widerwärtig sind. Wenn ihr selbst die Grenzen anderer Menschen überschritten habt, steht dazu, schämt euch und arbeitet daran, dass das, was ihr dieser Person angetan habt, keiner anderen passiert. Tragt die Konsequenzen und entlarvt die vielzähligen tolerierten Manifestationen sexualisierter Gewalt in unserer Gesellschaft, indem ihr darüber redet.

Ganz zum Schluss möchte ich mich direkt an all diejenigen richten, die mit den Folgen sexualisierter Gewalt zu kämpfen haben. Ihr seid nicht allein. Eure Reaktionen und Gefühle sind normal, das, was euch angetan worden ist, ist nicht normal. Ihr spinnt nicht. Ihr habt es nicht verdient. Ihr habt es euch nicht eingebildet. Ihr seid nicht schuld. Ihr dürft euch Menschen anvertrauen. Ihr müsst die Last nicht alleine tragen. Die Angst verschwindet zwar vielleicht nie vollkommen, aber irgendwann wird sie euch nicht mehr so erdrücken. Versprochen.

Isabella Hofmann studiert Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

VERHANDELN BIS ZUR BOMBE



Stephan Grigat zeigt in „Iran – Israel – Deutschland“, welche fatale Rolle Deutschland seit langem für die Freiheit, die Welt, Israel und den Nahen Osten spielt. Zwei Jahre nach dem Atomdeal mit der islamischen Republik Iran erschien kürzlich mit „Iran – Israel – Deutschland“ ein Sammelband, der Grundlagen der Dreiecksbeziehung ebenso wie aktuellere Entwicklungen erläutert. Er kritisiert das solide Naheverhältnis zwischen Deutschland und dem iranischen Regime, das Deutschlands Unterstützung Israels faktisch in Frage stellt. Seine Stärke zieht er aus einer Mischung von Begriffsarbeit und der Analyse von Realpolitik. Es wird etwa deutlich, warum sowohl Denkfiguren wie „Islamophobie“ als auch deutsche Wirtschaftsinteressen Teil des Problems sind, dass

Deutschland das antisemitische Holocaustleugnerregime international immer wieder legitimierte und sich weigert, aus seiner Vernichtungsdrohung gegen Israel, der Unterdrückung der iranischen Bevölkerung, Terrorunterstützung und hegemonialen Bestrebungen im Nahen Osten Konsequenzen zu ziehen.

Matthias Küntzel skandalisiert, dass ein Deal abgeschlossen wurde, von dem auch Barack Obama umstandslos zugibt, dass der Iran nach „13, 14, 15 Jahren“ die „breakout time [seiner Atombombe] auf nahezu Null“ reduziert haben könnte, und das mit einem Regime, das sich über seine raison d'être über alle strategischen Differenzen hinweg einig ist: Export der islamischen Revolution. Die vertragsimmanenten Probleme des Deals wären in einem eigenen Beitrag möglicherweise noch deutlicher geworden. Fatiyeh Naghibzadeh zeigt, dass es die ‚moderaten‘ Fraktionen innerhalb des Regimes, auf die man international so gerne baut, schlicht nicht gibt; Gerhard

Scheit ordnet das Fehlen eines Gewaltmonopols im iranischen „Unstaat“ staatstheoretisch ein. Das Buch widmet sich dabei auch bisher weniger thematisierten Aspekten: Roya Hakakian etwa berichtet autobiographisch von der Gleichgültigkeit der iranischen und der internationalen Linken gegenüber dem Verschwinden von 90 Prozent der iranischen Juden, Thomas von der Osten-Sacken fokussiert die russische und iranische Unterstützung für Assad und die Rolle des Westens bei der Produktion von hunderttausenden Toten und Millionen von Flüchtlingen in Syrien. Doch obwohl das Buch ansprechend gesetzt ist, ist die Lektüre hart: Der Inhalt stimmt alles andere als optimistisch.

Stephan Grigat (Hg.): Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017: Hentrich & Hentrich. 252 Seiten.

Nikolai Schreiter studiert Politikwissenschaft in Wien.

Ausstellungs-Rezension

UNSICHTBARE FÄDEN

Foto: Belvedere



Zwei Flatscreens, eng nebeneinander gehängt, begrüßen die Besucher_innen im Obergeschoß des 21er Haus. Der linke Bildschirm zeigt eine Abfolge verschiedener Gesichter, die still in die Kamera blicken – sie scheinen in Gedanken versunken. Auf dem rechten Bildschirm läuft ein

Text von unten nach oben – ein Manifest, collagiert aus den Gedanken der kontemplativen Menschen. Für ihre 2-Kanal-Videoinstallation „Radikal Denken“ bat Anna Witt die Besucher_innen eines Wiener Einkaufszentrums, einen „radikalen Gedanken“ in Bezug auf Politik, Gesellschaft oder Privatleben zu fassen und diesen daraufhin aufzuschreiben. Es ist ein passender Einstieg in die Ausstellung „Spiegelnde

Fenster – Reflexionen von Welt und Selbst“, die rund 60 Werke aus der Sammlung des Belvederes zeigt. Es geht um einen Blick auf das Spannungsfeld zwischen Individuum und Gesellschaft, die Arbeiten sind in Bereiche wie „Phänomene des Spirituellen“ oder „Politisierung des Körpers“ gruppiert, so die vage formulierte Einleitung. Das jahrelang immer wieder neu vorgenommene Kuratieren einer Museumssammlung ist bestimmt kein einfaches Unterfangen – geht es doch darum, (immer wieder andere) überzeugende Perspektiven zur (immer wieder anderen) Gruppierung verschiedener (immer wieder gleicher) Werke zu finden. Von der Kritik, dass eigentlich fast jedes Kunstwerk auf irgendeine Weise die Welt oder das Selbst reflektiert, könnte in diesem Zusammenhang vielleicht abgesehen werden. Dennoch wächst dieses Gefühl beim Durchschreiten der Räume, vorbei an durchaus wunderbaren Werken wie der geometrisch ausgeglichenen, assoziativen Arbeit „Material for a

sculpture representing a bygone era of luxury and decadence“ von Iman Issa. Abgesehen vom thematischen Überbau treten die Werke aber schlüssig und medienübergreifend miteinander in Beziehung, wie etwa Ugo Rondinones Video „Cigarettesandwich“, Gerhard Rühms Zeichnung „Ich – irgendwo da drinnen eingebettet (oder dort draußen)“ und Adriana Czernins Zeichnung „Selfportrait (Investigation of the Inside)“. Möglicherweise ist dies das entscheidende Kriterium einer Sammlungsausstellung: die unsichtbaren Fäden, die zwischen den Werken selbst gesponnen werden – und die gibt es hier bestimmt.

„Spiegelnde Fenster – Reflexionen von Welt und Selbst“ Kurator_innen: Severin Dünser und Luisa Ziaja 21er Haus; bis 14. Jänner 2018

Flora Schausberger studiert Critical Studies an der Akademie der bildenden Künste Wien.

Buch-Rezension

DIE STADT, DIE UNS DAS FEUER NAHM



Die Gesellschaft ist im Umbruch. Ein Jahr nach dem erfolgreichen Putsch finden sich drei Freund_innen gefangen zwischen Repression und Revolution, zwischen Ungehorsam und Unterordnung: Ilja, Schauspieler und Vandal im Widerstand, Dascha, ständig betrunkenen Gründer einer Untergrundbewegung im Theater, und Zora, eingetraget in die Elite der Stadt. Denn „Die Freiheit stirbt mit der Sicherheit!“. Plötzlich Graffiti an den Hauswänden nahe der Grenze und allnächtliches Klopfen, nein Tropfen, aus den verdunkelten Fenstern der Wohnhäuser. „Der Regen kommt!“ und er wird alles über-

schwemmen.

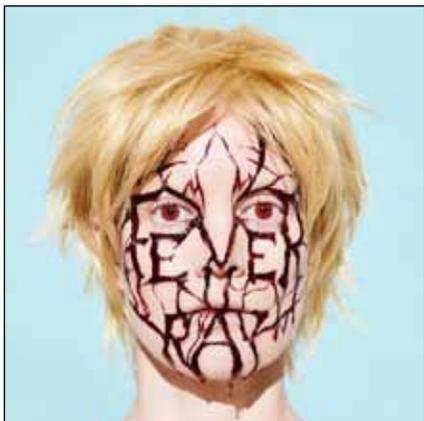
Nikolaj Efendi erschuf ein Stück Dystopie. Mit „Die Stadt, die uns das Feuer nahm“ liefert der Musiker, bekannt durch Formationen wie „Roy de Roy“ oder „The Red Vine Conspiracy“, sein literarisches Debüt. Efendis Drama ist gezeichnet von der Tradition Orwells und Bradburys, deren Charaktere gleichzeitig mitten im Geschehen und doch emotional distanziert, ja fast kalt, gegenüber den Begebnissen sind. Dies hüllt die gesamte Erzählung in eine Atmosphäre der Beklemmnis und verzweifelten Ausweglosigkeit. Es schnürt einer_m die Brust zusammen und das Atmen fällt schwer. Die Stärke des Stückes liegt jedoch in der Nachvollziehbarkeit und den geschichtlichen Parallelen, sowie den Bezügen zur aktuellen politischen Lage. Von der Türkei über Weißrussland bis in die USA, überall blitzt es nur so von Spiegelungen. Österreich bleibt keine Ausnahme, wie der Autor anmerkt: „Kurz und Strache sind für mich eine ausgezeichnete PR-Kampagne, weil man sieht, dass sich ein sehr autoritärer Jargon

entwickelt.“ Doch Efendis Werk wird erst durch seine Vertonung vollendet. Die CD „Temper“ stellt in diesem transdisziplinären Opus eine weitere Facette der Vorkommnisse in der Stadt dar. Hierbei konzentriert sich der Kärntner Slowene auf das Innenleben seiner Gestalten. In jedem der 11 Songs tobt eine düstere, dunkle Romantik. Als eine Mischung aus Nick Cave und David Bowie bringt der politische Aktivist Nikolaj Efendi seine Lieder in englischer und slowenischer Sprache auf die Bühne. Voller Spannung und pulsierender Rhythmen steckt „Temper“ mit Paranoia und unbändigem Widerstandswillen an. „Alles, was uns geblieben ist, ist Hoffnung“.

Erhältlich unter www.nikolajefendi.com

Ana Grilc studiert im Lehramt Kunst und Psychologie und Philosophie an der Universität für Angewandte Kunst und der Universität Wien.

FEVER RAY
„PLUNGE“



MARIE LUISE: Stilistisch erinnert das neue, rastlose Album von „Fever Ray“, das am 27. Oktober erschienen ist, an den Sound, der noch von ihrem Debutalbum nachklingt. Auf „Plunge“ wird allerdings noch mehr ausprobiert. Die letzte Platte liegt, kaum vorzustellen, schon acht Jahre zurück. Elektroerschläge sowie ungewöhnliche, aggressive Beats und Brüche sind dieses Mal noch präsenter. „Fever Ray“ ist das Soloprojekt der schwedischen Musikerin Karin Dreijer, die von „The Knife“ bekannt ist. Kurz vor dem Album-Release hat Karin Dreijer ein gespenstisches Musikvideo zu „To the moon and back“ veröffentlicht, in dem sie als glatzköpfiges Sexobjekt lüsterner, schräg gekleideter Frauen zu sehen ist. Dazu ist ihre charakteristisch gedoppelte Stimme zu hören, gut zu verstehen und klar in den Vordergrund gerückt. Dieses Lied ist schneller und handelt wie einige auf diesem Album von Sex. In dem Song „A part of us“ hat Dreijer mit Tami T zusammengearbeitet, einer extravaganten Künstlerin mit ebenfalls gepitchter Stimme. Wer sich düstere Atmosphären und Geräuschwälle erhofft, kommt zwar nicht zu kurz, kaum sind sie jedoch zu hören, werden sie durch verstörende Geräusche gebrochen, die manchmal nicht sonderlich angenehm für die Ohren sind.

Ich freue mich über politische Zeilen wie die Forderung nach „Free abortions“ im Song „The Country“ und über eine Frau die explizit über Sex singt: „Every time we fuck we win/ This house makes it hard to fuck/ This country makes it hard to fuck!“. Hintergrundmusik ist hier nichts: das Album lädt auf eine grandiose Reise ein, die Konzentration erfordert und manchmal auch erschöpft.

Katja Krüger hat Gender Studies an der Universität Wien studiert.

KATJA: Gewohnt kalt, mechanisch und faszinierend wie ein Stroboskop sind die Beats auf dem zweiten Album von Fever Ray. Darüber ertönt die immer fordernde, rastlose Stimme von Karin Dreijer, die auch bei The Knife dafür sorgt, dass man schmerzhaft zuhören muss, was sie ins Mikrophon flüstert, spuckt, redet, singt oder schreit – immer stark verzerrt, wie es sich für einen skandinavischen Cyborg gebührt (Anm. der Autorin: So stelle ich mir Karin Dreijer jedenfalls vor. Ähnlichkeiten zu Björk finde ich zwar aufgrund der ähnlichen nördlichen Herkunft und des Geschlechts ziemlich platt, kann mich aber auch nicht ganz dagegen wehren, zuzustimmen.)

Fever Ray verkörpert eine außergewöhnliche Stilsicherheit: immer ernst und plakativ und trotzdem zur rechten Zeit verspielt, künstlerisch (im besten Sinne von künstlich), weniger Dancefloor als The Knife aber textlich politischer motiviert als das Schwesterprojekt. Auf „Plunge“ geht es düsterer und langsamer, eindringlicher zu. Für den Massengeschmack ist die verzerrte Stimme von Dreijer auf Albumlänge vermutlich schon Grund genug, um schnellstens in ein anderes Album hineinzuhören. Genau ihre Unablässigkeit ist aber einer der Gründe, warum The Knife und Fever Ray schon so lang auf ihrem qualitativ hohen Niveau Musik machen und das sicher auch noch in Zukunft tun werden. Kurz gesagt: extrem stabile Platte.

DIVES
„DIVES“



Foto: Tina Bauer

KATJA: Die Girls Rock Camps in Hollabrunn sind eine wahre Institution in der österreichischen Musiklandschaft geworden, aus denen regelmäßig Bands entstehen, die mehr als nur eine Woche lang gemeinsam jammen und nach dem Abschlusskonzert auseinandergehen. Erinnern wir uns z. B. an die tollen Aivery, die wir hier auch bereits besprochen haben.

Im Jahr 2015 gab es neben dem Camp in Hollabrunn auch eines in Linz. Hier liegt die Geburtsstätte der DIVES, die jetzt auf Siluh ihr erstes Minialbum herausbringen und auf den enthaltenen sechs Songs eine enorme Bandbreite an Genregefühl, Spaß und Talent aufzeigen.

In klassischer Dreierbesetzung aber durchaus wechselnden Parts zeigen sie in weniger als 25 Minuten Laufzeit einen Querschnitt ihres bisherigen Oeuvres. Der Zwiegesang von Tamara Leichtfried und Viktoria Kirne bleibt einem auch nach Stunden des Hörens noch lange im Ohr, fast ein bisschen unheimlich.

Um bei einem musikalischen Vergleich nicht immer nur auf andere sogenannte Frauenbands zu referenzieren möchte ich hier die frühen Modest Mouse, die rockigen Pavement und die schnellen Built To Spill anführen. Die Rockgöttinnen mögen mir verzeihen.

MARIE LUISE: In aller Munde in Österreich ist momentan diese sehr junge Band, die sich vor zwei Jahren in einer kosmetisch anderen Konstellation und unter anderem Namen auf dem Girls Rock Camp in Linz gegründet hat. Seit Februar 2016 existieren sie in der jetzigen Besetzung und unter dem Namen „Dives“. Ihr gleichnamiges Minialbum, das 6 Lieder beherbergt, haben sie ratzfatz am 18. November bei Siluh herausgebracht. Kurz vor dem Release hat FM4 begonnen „Dives“ auf- und abzuspielen und sie haben ihr stylisches Video zu „Shrimp“ veröffentlicht. In dem Video musizieren sie in einem hellblauen Pool und bekommen Shrimpscocktails serviert.

Die drei Musikerinnen werden insgesamt mit offenen Armen empfangen. Eindeutig ist: sie treffen mit ihren Indie-Sounds, mit manchmal abweichenden Harmonien, mit Garage Punk und mit unbesorgtem Teenie-Surf-Feeling einen Nerv. Die meisten Lieder sind von den Stimmen von Tamara Leichtfried und Viktoria Kirne getragen, die zweistimmig, laut und vordergründig singen. Mein persönliches Lieblingslied ist allerdings „Roof“, in dem die fantastische Schlagzeugin Dora De Goederen an Gitarre und Mikrophon werkt und mit kantigem Sprech und verspielter Gitarre ein für „Dives“ eher unkonventionelles Lied trägt. Durch das Album hört man sich gut gelaunt, diese Band könnte es einmal weit bringen.

Marie Luise Lehner studiert Sprachkunst an der Universität für angewandte Kunst und Drehbuch an der Filmakademie Wien.

ICH GLAUBE



„Ich glaube, ich habe mich dazu entschieden, Lesbe zu werden, weil mir die ganzen religiösen Faschisten so auf die Nerven gehen.“ Das neue Stück des aktionstheater ensemble überzeugt mit spitzem Humor und schmerzhafter Gesellschaftskritik.

Es ist kaum möglich, mit der Gattungsbezeichnung postdramatisches Theater eine sinnvolle Kategorie zu definieren – mit Bestimmtheit lässt sich jedoch dessen Potential feststellen, der Gesellschaft ein unangenehmes Spiegelbild entgegenzuhalten. Das aktionstheater ensemble ist trotz bescheidener Größe eine Meisterin dieser Kunst. Das aktuelle Stück trägt den programmatischen Namen ICH GLAUBE und beschäftigt sich mit der Kontroverse um Glaubensangelegenheiten in einer Welt, in der religiöse wie postreligiöse Lebenskonzepte in Gleichzeitigkeit stattfinden.

SPOILER: NIEMAND KOMMT GUT WEG.

Das Bühnenbild ist so karg wie die steinerne Lagerhallenbühne selbst. Ein mit Schutzfolie überzogenes Sofa, eine Metalltonne. Im Hintergrund stehen drei Musiker_innen – Bratsche, Geige und digitale Soundstation. Licht an. Alev Irmak stürmt die Bühne und brüllt dem Publikum eine wuterfüllte Rede auf Türkisch entgegen. Sie lässt sich Zeit dafür. Nach und nach finden sich auch ihre vier Kolleg_innen auf der Bühne ein. Ihre Charaktere tragen die Namen der Darsteller_innen, sie versinnbildlichen allesamt

archetypische Subjekte der Postmoderne. Das diffus-fragmentarische Gespräch zwischen ihnen steht im Zentrum der Dramaturgie, ganz frei von erzählerischer Linearität. Sie reden miteinander, füreinander und doch meist aneinander vorbei. Absurdität und Witz laden zum Lachen ein, jedoch lässt sich mitnichten von einer leichten Komödie sprechen - dem aktionstheater geht es um schonungslose Gesellschaftskritik. Auf die Albernheiten des lediglich mit Windeln und Engelsflügel bekleideten Benjamin Vanyek folgt etwa eine niederschmetternd reale Anekdote von Gastarbeiter_innen-Tochter Alev: „Mein Papa hat jeden Freitag seine Arbeitskollegen zu uns nachhause eingeladen. Es ist nie jemand gekommen.“

FEDERBOAS UND KUNSTBLUT. Martin verkörpert den besserwisserischen Mitdreißiger, er unterbricht, erklärt, belehrt und drängt sich bei jeder Gelegenheit in das Zentrum der Inszenierung. Sein Kollege, der halbnaakte Engel Benjamin, steckt zumeist in naiver Glückseligkeit in der blauen Aluminiumtonne. Die Diskussionen gehen an ihm vorbei. Claudia Kottal ist jung und abgeklärt. Sie ist lesbisch und erzählt Geschichten über ihre konservative Familie in Polen, ab und an auch auf Polnisch. Susanne Brandt ist alt, schwabo-esque und meint es gut. Sie nennt „ihre türkische Putzfrau“ in bester Absicht „islamische Perle“.

Verhandelt wird alles, was vermeintlich mit Glauben zu tun hat: Katholizismus, Protestantismus, Islam, Scientology, Greenberg, asshole bleaching, Faschismus, Yoga. Und die Liebe. Viel zu viel wird thematisiert, kaum etwas geklärt. Als bald sich eine klare Linie abzeichnen scheint, bricht die Inszenierung mit

dieser. Es wird getanzt, gesungen, geschrien, geweint und ein gleichgeschlechtlicher Sexualakt vollzogen. Die Absurdität erreicht ihren Zenit, als die hitzköpfige Alev Bühne und Kolleg_innen in einem Spritzpistolen-Amoklauf mit literweise Kunstblut eindeckt, um anschließend für lange Minuten der Klageschreie über ihre zerbrochene Liebe zu trauern. Im Hintergrund steht der blutüberströmte, in Federboas eingehüllte Engel, die Arme zum Kreuz ausgestreckt, in den Händen zwei ausgefaltete Regenschirme. Stille im Publikum. Kein Gelächter.

Am Ende der Aufführung bleiben die Zuseher_innen im Zweifel zurück. Dieses Ergebnis entspricht der Handschrift des Ensembles, das wie gewohnt rigoros mit allen Konventionen und Tabus zu brechen weiß. Der Applaus ist dennoch überschwänglich. Das Konzept des Stückes weiß zu überzeugen, begünstigt durch die geradezu unheimliche Authentizität der Darsteller_innen. Trotz – oder gerade wegen - der fehlenden „roten Linie“ offenbart die Inszenierung eine Bedeutungsebene, die tief in die Psyche der gegenwärtigen Gesellschaft blicken lässt, welche gleichsam den hochaktuellen Gegenstand der künstlerischen Kritik stellt. Intelligent, witzig, schmerzhaft.

Am Mittwoch, den 11. Oktober 2017 um 19:30, feiert das aktionstheater ensemble im WERK X in Wien Meidling die Uraufführung von „Swing: dance to the right“; Regie: Martin Gruber - Dramaturgie: Martin Ojster.

Adrian J. Haim studiert Politikwissenschaft sowie Zeitgeschichte & Medien an der Universität Wien.

WÜNSCH DIR WAS!

oeticket

GUTSCHEIN

100.00 Gültig bis 11.12.2018

JETZT BEI Google Play

Laden im App Store

Jetzt mit oeticket Gutscheinen **75.000 Träume** erfüllen!
Wünsch-Gutscheine gibt's bei **oeticket.com** oder in der **oeticket App!**

oeticket.com
LIVE SPÜRT MAN MEHR.



WISSENSCHAFT UND POLITIK

Braune Brüder

Burschenschafter in der Regierung

Noch nie war die Position von Burschenschäftern innerhalb der FPÖ so stark. Die rechtsextremen Männerbünde stellen die Hälfte der blauen Koalitionsverhandler_innen und 40 Prozent der Abgeordneten. Das wird sich auch in der Regierung niederschlagen – Mit einschneidenden Folgen für die Gesellschaft.

Bis Weihnachten soll die neue Regierung stehen. Spätestens. Schon jetzt signalisieren ÖVP und FPÖ als Koalitionspartner in spe Konsens und erklären freimütig, was sie im Wahlkampf noch unermüdlich bestritten: „Es spießt sich nichts“, wie Bundeskanzler in spe Sebastian Kurz die traute Einigkeit auf den Punkt bringt. Alleine die Aufzählung der Themen und Maßnahmen, auf die man sich bisher verständigen konnte, spricht Bände: Massive Verschärfungen für Geflüchtete, erschwelter Zugang zur Staatsbürger_innenschaft, Kürzungen bei der Mindestsicherung und mehr Überwachung. Insbesondere für sozial Schwache und marginalisierte Gruppen wird diese Koalition ein bitteres „Weihnachtsgeschenk“ werden, denn die angekündigten Maßnahmen werden sie besonders treffen.

FASCHISTISCHE WERTEGEMEINSCHAFT. Die Wunschliste der FPÖ liest sich wie ein Who-is-Who der völkischen Korporationen. Diese deutschnationalen Männerbünde sehen Österreich als Teil eines „deutschen Volkes“ und sich selbst als elitären Lebensbund. Frauen sind per Definition nicht zugelassen, genauso wenig wie „nicht-Deutsche“. Wer deutsch genug ist, bestimmen sie nach „völkischem Abstammungsprinzip“. Nicht zu Unrecht wird diese Regelung als „Arierparagraph“ für seinen unverhohlenen biologischen Rassismus kritisiert. Doch gerade die österreichischen Burschenschäftern stehen fest hinter diesem Relikt verkrusteter Blut-und-Boden-Ideologie. Die Regelung ist zugleich Ausdruck des tief verankerten Antisemitismus der Burschenschäftern, denn jüdische Studenten gelten ihnen nicht als deutsch und werden nach wie vor von den meisten Verbindungen nicht aufgenommen. Das so durch Exklusion konstruierte Volk, verstanden als „Werte- und Schicksalsgemeinschaft“ gilt den Deutschnationalen als höchstes Gut, dem

Individuum übergeordnet. Die verlangte Unterordnung, ja Selbstaufopferung des Einzelnen für das Kollektiv findet ihren sichtbarsten Ausdruck in den Narben der Mensur, einer Mischung aus sportlichem Wettkampf und Duell. Sie wird mit scharfen Klingen gefochten, Schnittverletzungen sind die Regel. Ziel ist folglich auch nicht, Blessuren zu vermeiden oder zu gewinnen, sondern, nicht zurückzuweichen. Diese Kombination aus Ideologien der Ungleichheit, Autoritarismus und dem Ideal der Härte macht die Gefährlichkeit deutschnationaler Burschenschäftern aus. In der Vergangenheit hat diese immer wieder in Gewalttaten ihren Ausdruck gefunden. Die Burschenschaft Olympia, der beispielsweise der ehemalige Dritte Nationalratspräsident Martin Graf angehört, ist 1961 sogar wegen ihrer Verstrickungen in nationalistischen Terrorismus aufgelöst worden.

In der FPÖ haben diese ewiggestrigen Verbände eine zentrale Stellung inne, sie können als ihr ideologisches Rückgrat gesehen werden. Diese Verknüpfungen stellt Hans-Henning Scharsach in seinem neuesten Buch „Die stille Machtergreifung“ eindrucksvoll dar. Doch die Dominanz der rechtsextremen Kaderstrukturen in der FPÖ ist keineswegs eine Novität, vielmehr durchzieht sie die gesamte Parteigeschichte. Haider – selbst schlagender Burschenschäftern – verbannte die meisten seiner völkischen Kameraden jedoch in die zweite Reihe der Partei. Er versuchte durchaus erfolgreich, die Partei breiter aufzustellen und regierungsfähig zu machen. Nach der Abspaltung des liberalen Flügels der Partei in LIF und BZÖ war von dieser strategischen Mäßigung jedoch nichts mehr zu merken. Heinz-Christian Strache, wie schon sein Vorgänger deutschnationaler Burschenschäftern, besetzte die frei gewordenen Posten der schwer angeschlagenen Partei mit Burschenschäftern nach. Diese bieten der

Partei auch in Krisenzeiten einen sicheren Rekrutierungspool an bereits geschulten ideologischen Hardlinern. Seitdem bauten die völkischen Korporationen ihren Einfluss und ihre Verankerung stetig aus. Derzeit sind sie so stark vertreten wie noch nie in der Geschichte der Partei.

STRATEGISCHE MÄSSIGUNG. Das große Ausmaß der deutschnationalen Dominanz innerhalb der FPÖ lässt sich leicht anhand aktueller Zahlen verdeutlichen: Von 51 FPÖler_innen sind ganze 18 in Burschenschäftern, zwei weitere in Corps und eine Abgeordnete in einer Mädelschaft korporiert. Damit liegt die Quote völkisch Korporierter bei über 40 Prozent. Im Bundespartei Vorstand sind es sogar 23 von 37 und damit knapp $\frac{2}{3}$ der Mitglieder. In anderen Gremien und Klubs setzen sich diese Quoten fort, wie die Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU) nachgerechnet hat. Damit sind aktuell mehr als doppelt so viele Burschenschäftern im Parlament wie im Jahr 1999, in dem die erste Schwarz-Blau Regierung angelobt wurde. Wie schon bei der letzten ÖVP-FPÖ-Koalition ist in Vorbereitung auf die Regierungsverantwortung strategische Mäßigung zu erkennen. So gab Parteichef Strache bekannt, dass zwei der umstrittensten Parteigrößen – beide deutschnationale Burschenschäftern – nicht für Ministerämter aufgestellt werden. Als am 9. November der neue Nationalrat angelobt wurde, verzichtete die FPÖ auf das Tragen der Kornblume, die bisher die Revers der FPÖ-Abgeordneten geziert hatte. Es handelt sich dabei um jene blaue Blume, die den illegalen Nationalsozialist_innen im Österreich der frühen 30er-Jahre als Erkennungszeichen diente. Doch der symbolische Verzicht kann weder über die ideologische Positionierung des FPÖ-Klubs noch den rechtsextremen Charakter der FPÖ als Ganzes hinwegtäuschen.



Illustration: Richard Klippfeld

Zumal auch das Edelweiß in seiner Symbolik alles andere als unbelastet ist: Es diente der Gebirgsdivision der Wehrmacht, einer Einheit, die abscheuliche Kriegsverbrechen verübte, als Abzeichen.

Welche Politik uns in den nächsten Jahren blüht, lassen die Verhandler_innen in regelmäßigen Pressekonzferenzen schon durchblicken. Ein Abbau des Sozialstaates und sozialer Grundrechte, Angriffe auf Versammlungs- und Medienfreiheit, mehr staatliche Überwachung, Verschärfungen für Arbeitslose und Geringverdiener_innen, harte Zeiten für Geflüchtete, Migrant_innen und alle anderen, die nicht in das Bild der homogenen deutschen Volksgemeinschaft passen. Besorgniserregend ist insbesondere auch der neue Diskurs um den „Heimatschutz“, der entsprechend der übereinstimmenden Vorstellung der Koalitionspartner sogar ein eigenes Ministerium bekommen könnte. Dieser Vorstoß zeugt gleichermaßen von sprachlicher Aufrüstung wie Geschichtsvergessenheit. Denn Heimatschutz nannte sich auch die Heimwehr, jener paramilitärische Verband, der in den 1930er Jahren eine zentrale Rolle bei der Etablierung des österreichischen Faschismus spielte. Als Zusammenschluss von Deutschnationalen und Christlichsozialen sollte mit der Heimwehr ein Bollwerk gegen Linke, Juden_Jüdinnen und sogenannte „Fremde“ geschaffen werden. Dass diese Begrifflichkeit nun ausgerechnet bei einer Koalition aus ÖVP und FPÖ wieder aufgenommen wird, wirft dunkle Schatten voraus. Migration wird in dieser neuen Kompetenzverteilung noch stärker zum Sicherheitsthema verzerrt, das Bild einer von außen bedrohten Heimat geschaffen, die es als Regierung zu verteidigen gilt. Eine Erzählung, die man aus der extremen Rechten kennt – man denke beispielsweise an die Verschwörungstheorie vom „Großen Austausch“, welche die Identitären vertreten. Sie besagt, dass

die „Völker Europas“ durch Zuwanderung akut vom unumkehrbaren Verschwinden bedroht wären. Derlei Bedrohungsszenarien sind ein Charakteristikum des Rechtsextremismus, ihre Gefährlichkeit liegt neben dem Schüren rassistischer Ängste auch in der Vorbereitung einer Notwehrargumentation in Verteidigung des Fortbestandes des eigenen Volkes.

RECHTSEXTREME PRÄSENZ AUF DER STRASSE. Solche Argumentationsmuster sind idealer Nährboden für außerparlamentarische rechtsextreme Gruppen. Diese wittern Morgenluft, so gewinnen rechtsextreme Tendenzen auch im außerparlamentarischen Raum an Selbstvertrauen. Zwar blieben größere Demonstrationen in den letzten Monaten aus, jedoch artikuliert sich der Rechtsextremismus der Straße mehrheitlich anders: Durch Gewalt, Drohung und Einschüchterung. Vor rund einem Jahr begann eine Serie an Sachbeschädigungen an linken Räumlichkeiten, von verklebten Schlössern über Schmierereien bis hin zu Einbruchversuchen und Buttersäure. Trotz polizeilicher Anzeigen wurden wie so oft bei Straftaten mit klar rechtsextremem Hintergrund keine Täter_innen ermittelt, ja noch nicht einmal konsequente Spurensicherung vorgenommen. Und nicht immer bleibt es bei Sachschaden: Im Jahr 2013 griffen Neonazi-Hooligans das linke Zentrum im Ernst-Kirchweg-Haus an und verletzten eine Person schwer. Anfang 2015 kam es am Rande einer Pegida-Demonstration zu mehreren Körperverletzungen, zwei Personen mussten im Krankenhaus behandelt werden, nachdem eine Gruppe von 30-50 Personen sie angegriffen hatte. In den vergangenen Monaten wurden zudem mehrmals Antifaschist_innen von Rechtsextremen bedroht, auch Berichte von körperlichen Attacken nehmen zu. Es ist zu befürchten, dass sich diese Entwick-

lung noch verstärken wird, sobald die neue Regierung angelobt wurde.

Für marginalisierte Gruppen, unbequeme Kunstschaffende aber auch linke Aktivist_innen brechen damit beunruhigende Zeiten an. Die Rahmenbedingungen gesellschaftskritischen Engagements und sozialer Kämpfe werden rauer, die Widerstände größer. In den vergangenen Jahren hat das Innenministerium in einigen Reformen seine Kompetenzen in Richtung Überwachung, Kontrolle und Ermittlung stark erweitert. Die ohnehin schon weit fortgeschrittene autoritäre Zuspitzung wird in den nächsten Jahren wohl noch weiter vorangetrieben werden und der schleichende Prozess der Normalisierung des Rechtsextremismus erreicht mit der Beteiligung einer klar rechtsextremen Partei, in der Deutschnationale den Ton angeben, einen neuen traurigen Höhepunkt. Diese bedrohlichen Entwicklungen nicht unkommentiert geschehen zu lassen ist nun umso wichtiger, eine Vielzahl linker Gruppen ruft schon jetzt für den Tag der Angelobung der neuen Regierung unter dem Label „Tag X“ zu Protesten auf und kündigt in einer gemeinsamen Presseaussendung an, dass „[w]enn weiter Rassismus, Sexismus und Sozialabbau in Gesetze gegossen und reaktionäre Ideologien auf der Straße gestärkt werden“ auch der Widerstand kein Ende finden werde. Die gesellschaftliche Linke, geeint nur in der Vision einer besseren Zukunft für alle Menschen, scheint dazu verdammt, den Status Quo gegen weitere Verschärfungen zu verteidigen. Ihr wird in den nächsten Jahren eine schwere, undankbare, aber unschätzbare wichtige Aufgabe zukommen. Für unser aller Wohl bleibt zu hoffen, dass sie ihr gerecht werden kann.

Julia Spacil studiert Rechts- und Politikwissenschaft an der Uni Wien.

Sozialpartnerschaft - hot or not?

Vier Kommentare zum Klassenfrieden von oben.

WITH OR WITHOUT YOU. Die Sozialpartner_innenschaft ist eine komplexe, oft nicht greifbare Institution, die zurecht als eine tragende Säule der 2. Republik bezeichnet werden kann. Laut eigenen Angaben handelt es sich bei der Sozialpartner_innenschaft um „ein System der wirtschafts- und sozialpolitischen Zusammenarbeit zwischen den Interessenverbänden der Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen mit der Regierung.“ Die Interessenverbände der Arbeitgeber_innen und der Arbeitnehmer_innen suggerieren dabei ein Bild der „Partner_innenschaft auf Augenhöhe“, die freilich keine ist. Vielmehr ist sie eine Institution zur Eindämmung des Klassenkampfes. Ziel war der "Arbeitsfrieden", bei dem Arbeitnehmer_innen am erwirtschafteten Reichtum teilhaben sollen. Seit Mitte der 90er Jahre jedoch entwickelte sich die Tendenz aufgrund der Machtverhältnisse eher zu Ungunsten der Arbeitnehmer_innen.

Die Politik des Kompromisses, die die Sozialpartner_innenschaft auszeichnet, ist in ihrem historischen Kontext zu betrachten. Nach einer Reihe von Unruhen und Streiks 1917/18 etablierte sich (v.a. in Wien) eine rätendemokratische Bewegung. Die "Räte" verstanden sich als Ablöser des bürgerlichen Staates, an dessen Stelle eine demokratische Wirtschaft treten sollte, in der die Arbeitnehmer_innen über die Warenproduktion

bestimmen. Unter diesem revolutionären Druck konnte der damalige Sozialminister Ferdinand Hanusch (1918 - 1920) beispiellose Sozialgesetze durchsetzen, die zur Basis der heutigen Sozialpartner_innenschaft wurden. Während Arbeiter_innenkammer, Betriebsrätegesetz und Kollektivverträge in den 1920er Jahren eine Durchsetzung von Macht der Arbeitnehmer_innen bedeutete, wurden sie in der Zweiten Republik und nach den Traumata durch Austrofaschismus und Nationalsozialismus für einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit, eben eines "Arbeitsfriedens", genutzt.

Aus strategischer Perspektive ist mit der Wiederetablierung der Sozialpartner_innenschaft 1945 von vornherein ein Kompromiss eingegangen worden, der einerseits weitreichende Arbeitnehmer_innenrechte für so gut wie jede_n Arbeitnehmer_in (in Österreich liegt die kollektivvertragliche Abdeckung bei über 95%) erreicht hat, andererseits kann aber auch kritisch angemerkt werden, dass die Gewerkschaft damit den Kampf aufgegeben hat, die Verhältnisse in der kapitalistischen Produktionsweise umzuwerfen - stattdessen hat sie sich mit den gesellschaftlichen Zuständen abgefunden. So dreht sich die alte Diskussionsspirale rund um Reform oder Revolution. Das hat der Charme der Revolution so an sich, dass geglaubt wird, es wäre alles besser geworden, hätte sie nur bloß stattgefunden. Was die Reform anbe-

langt, kann man aber mit Sicherheit sagen: Die Moral von der Geschichte: Es macht einen Unterschied, ob es die Sozialpartner_innenschaft gibt oder nicht. Ohne Sozialpartner_innenschaft würde es wichtige arbeits- und sozialrechtliche Errungenschaften nicht geben, wie etwa der Kollektivvertrag, der Mindestlöhne für ganze Branchen festlegt, die für alle Arbeitnehmer_innen gleich gelten und Arbeitszeitregelungen, denn ohne KV müssten sehr viele 40 statt 38,5 arbeiten. Es gäbe kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, keine Möglichkeit während der Erwerbsarbeit Bildungskarenz zur Aus- und Weiterbildung in Anspruch zu nehmen.

Viktoria Spielmann und Stefan Steindl sind bei den Alternative, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen (AUGE/UG) organisiert.



ERFOLGSMODELL AM SCHEIDEWEG? Totglaubte leben länger, sagt ein Sprichwort, so auch die Sozialpartner_innenschaft. Von den einen als reformfeindlich titulierte von anderen als Verrat an den Arbeitnehmer_innen gesehen, wurde schon vielfach das Ende der Sozialpartner_innenschaft verkündet, doch das System hält sich beharrlich. 98% aller Branchen sind in Österreich durch einen Kollektivvertrag abgedeckt, Urlaubs und Weihnachtsgeld gibt es flächendeckend, Zulagen und Arbeitszeiten werden meist dadurch geregelt. Die Regelungen gelten für alle Beschäftigten in einer Branche. Das System bietet beiden Seiten Vorteile: Sicherheit für die Arbeitnehmer_innen und ökonomische Stabilität für die Arbeitgeber_innen. 2008/2009 zum Beispiel wurde die österreichische Volkswirtschaft hart von der weltweiten Wirtschaftskrise getroffen. Viele Jobs im industriellen Bereich konnten jedoch durch die zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber_innen ausgehandelte Kurzarbeit abgesichert werden.

Viele Kritiker_innen sehen in der Sozialpartner_innenschaft den permanenten „Friedenszwang“ oder

„Reformverweigerung“, doch die Sozialpartner_innenschaft bedeutet keineswegs das Fehlen von sozialen Konflikten und permanente Blockade. Viel mehr braucht es für Partner_innenschaft Debatten auf Augenhöhe. Gewerkschaften müssen als Korrektiv zu einer entfesselten Marktwirtschaft gesehen werden, die vielfach Profite über Menschen stellt. Doch dieses Korrektiv kann nur wirken, wenn die Arbeitnehmer_innen die Gewerkschaft durch Mitgliedschaft mit einem Verhandlungsmandat ausstatten. Sozialpartner_innenschaft muss als ein strukturierter Dialog verstanden werden, in dem beide Interessen von Kapital und Arbeit aufeinandertreffen. Dieses Aufeinandertreffen darf jedoch nicht mit Harmonie oder Stillstand verwechselt werden. Der Abschluss eines Kollektivvertrages ist keineswegs verpflichtend, dass de facto in allen Branchen automatisch verhandelt wird, ist starken Gewerkschaften geschuldet. Sozialpartner_innenschaft ist dabei keineswegs frei von Konflikten. Die angedrohten Streiks in der Metallindustrie zeigen deutlich, auch in Österreich wird das soziale Klima rauer.

Das Kollektivvertragssystem bietet für den überwiegenden Teil der österreichischen Beschäftigten Stabilität und Sicherheit. Jedoch gibt es auch soziale Gruppen deren Erwerbsbedingungen verbessert werden müssen, z.B. arbeitende Studierende. Die meisten Studierenden arbeiten neben ihrem Studium, doch weder Arbeitgeber_innen noch die Universität bzw. FHs nehmen auf die Doppelbelastung Rücksicht. Die Gewerkschaften könnten es sich beispielsweise zum Ziel machen für studentische Mitarbeiter einen Anspruch auf Sonderurlaub zur Absolvierung wichtiger Prüfungen zu erstreiten. Doch auch hier gilt: auch arbeitende



Studierende müssen die Gewerkschaft durch eine Mitgliedschaft entsprechend mit einem Mandat ausstatten.

Susanne Hofer ist Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft GPA-djp, studiert Lehramt Deutsch und Geschichte und arbeitet im Sozialbereich.

HURRA, ES BRENNT? Die mindestens ebenso gelobte wie verfluchte Sozialpartnerschaft steht zur Disposition. Proportional zu ihrem Bedeutungsverlust der letzten Jahre wachsen die allgemeinen Zweifel an ihrer Nützlichkeit.

Allerdings nicht auf Betreiben von klassenkampfwilligen Arbeiterinnen, die die glorifizierte Harmonie, die imaginierte produktive Einheit von Arbeiterinnen und Kapitalistinnen, infrage stellen, weil diese eben schon immer eine Lüge war; sondern von jenen, denen selbst diese falsche Harmonie noch als zu teuer erkaufte gilt. Ziel ihrer Kritik ist letztlich, die der Sozialpartnerschaft inhärente Anerkennung eines Unterschieds zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit. Erst, wenn dieser zugunsten des – natürlich nationalen! – Kapitals eingegeben ist, kann dieses endlich seine volle Kraft entfalten und dem „internationalen (Finanz-) Kapital“ die Stirn bieten; so jedenfalls der Mythos.

So sehr der Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital durch die Sozialpartnerschaft selbst verschüttet wird, er ist als ihr Grund in ihr aufgehoben, prägt sie sowohl inhaltlich als auch formal und ist – gelegentlich – sogar erkennbar. Das aber heißt: die Sozialpartnerschaft schlicht aufzukün-

digen kann nur bedeuten, den in ihr enthaltenen Widerspruch einseitig aufzulösen. Dass diese Auflösung zugunsten der Arbeiterinnen ausgehen wird, darf in der aktuellen Konstellation bezweifelt werden.

Die Bereitschaft vieler Linker, die vielfältigen Arbeitnehmerinnenrechte, die durch die Sozialpartnerschaft abgesichert sind – so partiell, unzureichend und exklusiv sie sind – für einen Klassenkampf der nicht kommt zu opfern zeugt von nichts, als der traditionsmarxistischen Ignoranz gegenüber dem Individuum als Ursprung jeder Revolution. Deren Ausbleiben dann dem Individuum angekreidet wird, dem man noch nie etwas gegönnt hat.

Emanzipatorische Kritik an der bedingungslosen Verpflichtung aufs national(istisch)e Allgemeinwohl, in dem für das Individuum kein Platz sein kann, in dem weder die Emanzipation vom Kapitalismus noch die von der Arbeit überhaupt gedacht werden kann, muss dieses Individuum als Individuum ansprechen können und nicht nur als doppelt freien Arbeitskraftbehälter.

Nur so kann es im „Arbeitskampf“ um etwas anderes gehen als die Arbeit selbst, nämlich, um den

Schutz des Menschen vor der Arbeit, als Voraussetzung dafür, dass er sich von ihr ebenso wie vom Kapitalismus emanzipieren kann. Der betrauerte Mangel einer „Streikkultur“ wird nicht durch Einschnitte in die Arbeitnehmerinnenrechte oder durch die Abschaffung der Sozialpartnerschaft behoben werden, sondern indem der Nachweis erbracht wird, dass es mehr zu gewinnen gibt als Kollektivverträge.

** Ich verwende das generische Femininum, um symbolisch Femininität sichtbar zu machen, statt zu unterstellen, sie könne, solle oder müsse der Maskulinität untergeordnet werden oder in dieser aufgehen. Gleichzeitig widerspreche ich damit der Vorstellung die Vielfalt geschlechtlicher Identität - deren Verleugnung auf der Angst vor der In Stabilisierung normativer Maskulinität beruht, d.h.*

selbst Symptom von Frauenhass ist - sei in einem Unterstrich sinnvoll aufgehoben.



Frederike Schuh, feministische Philosophin lebt und arbeitet in Wien. Ersteres u.a. im Vorsitz der ÖH Uni Wien.

SOZIALPARTNERSCHAFT: EIN INSTITUTIONALISIERTER KLASSENKOMPROMISS. Die österreichische Sozialpartnerschaft ist – in ihrer derzeitigen Form und Verfassung – eine ambivalente Einrichtung.

Ihr liegt ein post-faschistischer Klassenkompromiss zugrunde. Demnach suchen die grundlegenden Interessengegensätze, die aus dem Widerspruch von Kapital und Arbeit resultieren, einen dialogischen Ausgleich. Im und durch die sozialpartnerschaftlichen Kompromisse am Verhandlungstisch wird, so der Anspruch, die Demokratie in Österreich stabil gehalten.

Typisch österreichisch ist, dass dieser Klassenkompromiss in harte Institutionen gegossen worden ist, die aufgrund der Pflichtmitgliedschaft eine hohe Repräsentation „ihrer“ Mitglieder aufweisen: die Arbeiterkammer, die Wirtschaftskammer und die Landwirtschaftskammer. Dadurch, dass die Interessensverbände wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an diesen Kammern „hängen“, erhalten die ausgehandelten Kompromisse eine hohe Verbindlichkeit – und damit Wirksamkeit. So wird etwa eine europaweit einzigartige Abdeckung der Branchen mit Kollektivverträgen von fast 98 Prozent erzielt. Diese Rechtssicherheit war bislang für beide Seiten vorteilhaft.

Doch hat diese Form der Sozialpartnerschaft auch gravierende Nebeneffekte. Einer von ihnen: Konflik-

te werden grundsätzlich „nach oben“ hin delegiert. Soziale Rechte gelten als gegeben und sie werden nicht als erkämpfte Errungenschaften angesehen. Politik ist von daher in erster Linie Institutionenpolitik. Bezeichnend dafür ist etwa die Tatsache, dass die Streikstatistik Österreichs, die die Wirtschaftskammer veröffentlicht, für 2015 und 2016 genau 0,0 Streikminuten pro Arbeitnehmer_in ausweist. Sichtbar gab es keine Arbeitskämpfe und das trotz Umstrukturierungen und fortschreitenden Arbeitsverdichtungen in allen Branchen.

Kampf- und widerspruchslos scheinen die Beschäftigten dies alles hinzunehmen. Dennoch sollten diese 0,0 Streikminuten nicht als Einverständnis der Arbeitenden interpretiert werden. Es gibt – paradoxerweise wegen der Sozialpartnerschaft – schlicht keine Kanäle, um die eigenen Interessen zu artikulieren. Da die Gewerkschaften in Österreich aufgrund eines sehr traditionellen Repräsentationsmodells agieren, fallen mehr und mehr Menschen aus einer gewerkschaftlichen Vertretung heraus, beziehungsweise sehen sich nicht vertreten und treten aus (oder erst gar nicht ein).

Somit wird die Sozialpartnerschaft zu einer Hülle, deren Inhalt langsam aber sicher verloren geht. Dadurch verliert aber auch der ihr zugrunde liegende Klassenkompromiss seine Wirksamkeit. Er müsste eigentlich neu gegründet und begründet werden. Stattdessen

zeichnet sich eine Auseinandersetzung von Bewahrer_innen auf der einen Seite (Arbeiterkammer und ÖGB) und Veränderer_innen und Aufkürnder_innen auf der anderen Seite ab (Teile der Unternehmer_innenschaft).

Die Versuche von Teilen der Arbeitgeber_innen, den Klassenkompromiss ganz aufzukündigen, indem sie die Pflichtmitgliedschaft und damit auch die Reichweite der Kollektivverträge abschaffen wollen, sind eine Art Klassenkampf von oben. Somit kommen die Organisationen der Arbeitnehmer_innen von zwei Seiten unter Druck: durch den stillen Widerstand (Absentismus oder leiser Rückzug ihrer eigenen Mitglieder) einerseits, und durch die politischen Initiativen der Gegenseite andererseits.

Doch könnte daraus auch eine Chance erwachsen: Druck von unten sozusagen, von Basisinitiativen in Betrieben, auf Gewerkschaften und Arbeitgeber_innen gleichermaßen. Ansätze dazu bestehen bereits, etwa in der Sozial- und Erwachsenenbildungsbranche.



Sebastian Reinfeldt ist Politikwissenschaftler und Blogger – www.semiosis.at.



Kaiser, Knödel und Krowoden

Sechsmal Österreich. Ein Einblick in aussterbende Subkulturen und wie man sie retten kann.

Was macht einen „echten“ Österreicher aus? Was kennzeichnet eine „wahre“ Österreicherin? Ist es das „Häferl“ Kaffee, das Schnitzel zum Abendessen oder die verstaubte Lederhose in der hintersten Ecke des Schrankes? Ist es die besondere Verbundenheit zu Nöstlingers Gretchen Sackmeier („Du begreifst einfach die Gewichtigkeit nicht!“) oder die Wertschätzung des Wiener Grinds? Jelinek hat man sowieso im Regal stehen, Klimts Kuss prangt auf dem Jutebeutel und das Selfie mit Van der Bellen wird auch pflichtgetreu auf Facebook gestellt. Sieht so „a woschechta Österreicha“ aus?

Nicht unbedingt. Denn in Österreich leben sechs gesetzlich anerkannte autochthone Volksgruppen, allesamt mit eigener Kultur, Tradition und Sprache: die Kärntner und Steirischen Slowen_innen (koroški in štajerski Slovenci), die Burgenländischen Kroat_innen (Gradišćanski Hrvati), die Ungar_innen (magyarok), die Tschech_innen (Češi), die Roma_Romnija (Le Rom) und die Slowak_innen (Slováci). Sie sind ein oft totgeschwiegener und mundtot gemachter Teil des Landes. Ein kurzer Abstecher in die Reanimationskammern.

STÜRMISCHE TÄLER UND WILDE BERGVÖLKER. Jenes Bundesland, welches bei der letzten Wahl in eiskaltem Blau erstrahlte, ist die Heimat der autochthonen Minderheit der Kärntner Slowenen_innen. Zwischen den malerischen Bergen des Gailtales, den sanften Weiden des Rosentales und den rauschenden Flüssen des Jauntales liegt das Siedlungsgebiet der Volksgruppe. Trotz Postkartenidylle eine eher lebensfeindliche Umgebung, in der Braun stets die Modelfarbe bleibt. Unvergessen bleibt dabei der Ortstafelsturm 1972, bei dem zweisprachige Ortstafeln demontiert und zerstört wurden, oder die Ortstafelverrückung unter Jörg Haider, welche diese obsolet machte. Die politische Vertretung teilen sich heute drei Organisationen. Diese Dreiteilung wird kritisiert, da die Gefahr von gegenseitiger politischer Behinderung und somit Ineffizienz für die Belange der Volksgruppe besteht. Doch sehen sich viele Minderheitenangehörige sowieso eher auf der Straße als in der Regierung. Denn nicht

umsonst besagt ein Sprichwort: „Jede_r Kärntner Slowen_in war schon im Mutterleib auf der ersten Demo.“ Beispiele reichen von der Partisan_innenbewegung über die Besetzung des Wiener Christbaumes unter dem Motto „Apartheid bringt uns auf die Palme“, bis zum Aufruhr in der Landesregierung, als 30 Jugendliche während des Beschlusses bezüglich der Landessprache aufstanden und ein Protestlied anstimmten. Hubert Mikel, Schriftführer des Österreichischen Volksgruppenzentrums (ÖVZ), meint dazu: „Die Kärntner Slowen_innen sind im Land nicht gleichberechtigt. Dass Slowenisch in der Geschichte eine ebenso wichtige Rolle bei der Entstehung des Landes Kärnten gespielt hat, wird nicht berücksichtigt.“

E-GITARRE UND TAMBURICA. „Ja sam živ dok su žive moje želje“ (Ich bin nur solange lebendig wie es meine Wünsche sind) brummt der Leadsänger der Coffeeshock Company ins Mikrofon. Die burgenländischen Kroat_innen zeichnen sich vor allem durch eine einzigartige Musikszene aus. Von „SuperSkunk-RockReggae“ by Coffeeshock bis zum „Krowodnrock“ der Gruppe „Turbokrowodn“ sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Gesungen wird also sehr wohl kroatisch, jedoch wird die Sprache sonst, wie alle Minderheitensprachen, vor allem im Privaten gebraucht. Im Burgenland gibt es zweisprachigen Unterricht an Volksschulen. Neben einzelnen Schulversuchen gibt es ein zweisprachiges Gymnasium, das aber angesichts der Größe der Volksgruppe für deren Bedürfnisse nicht ausreicht. Die Muttersprache als Amtssprache gebrauchen kann die Minderheit im Burgenland in vielen Gemeinden. Jedoch wurden viele Ortschaften, in denen eine beträchtliche Anzahl an Kroat_innen lebt, in die sogenannte Amtssprachenverordnung nicht miteinbezogen. Die politischen Forderungen an die Regierung werden im Volksgruppenbeirat artikuliert, der die Regierung in Volksgruppenfragen und bei der Verteilung der Geldmittel berät. Im Jahr 2000 wurden in 47 Orten und Ortsteilen des Burgenlandes nach einer Verordnung der Bundesregierung deutsch-kroatische Ortstafeln aufgestellt.

(UN)ARTIKULIERT. Der Artikel 7 des Staatsvertrags von 1955 ist das rechtliche Rückgrat der österreichischen Minderheiten. Mit diesem Dokument wurden die Rechte der Minderheiten neu geregelt und die Republik zur Erfüllung dieser verpflichtet. Der Staat wird jedoch Jahr für Jahr rechtsbrüchig. Der Artikel 7 gilt nicht für die Ungar_innen, welche erst 21 Jahre später anerkannt wurden. Das bedeutet, dass sich die ungarische Minderheit nicht auf den Staatsvertrag berufen kann. Auch Ungarisch wird hauptsächlich im Privaten praktiziert und ist nirgends als Amtssprache zugelassen. Nichtsdestotrotz wurden seit dem Jahre 2000 vier zweisprachige Ortstafeln im Siedlungsgebiet der Volksgruppe aufgestellt. Neben bilingualen Kennzeichnungen ist ein weiteres Anliegen der Minderheiten das Anrecht auf Medien in der Muttersprache. Dies führte in der Vergangenheit zu Auseinandersetzungen mit dem ORF. Für die Volksgruppe gibt es derzeit drei Radiosendungen: täglich ein fünfminütiges Journal, wöchentlich ein halbstündiges Magazin und eine Kultursendung. Im Fernsehen ist die Volksgruppe mittels der 25-minütigen Sendung „Adj´Isten Magyarok“ vertreten, welche vier Mal jährlich gesendet wird.

PRIVATSCHÜLER_INNEN. Wer nun im 14. Bezirk den Hlavačekweg entlangspaziert, befindet sich in der richtigen Szenerie für die Geschichte der Wiener Tschech_innen. Nach dem kommunistischen Februarputsch in Prag 1945 kam es zu einer ideologischen Spaltung der Volksgruppe, welche bis in die nächsten vier Jahrzehnte fortwirkte. Erst nach der „Samtenen Revolution“ von 1989 konnte eine Zusammenarbeit zwischen Minderheitsrat und Vereinigung entstehen.

Die slowakische Minderheit ist seit 1993 als eigenständige Volksgruppe in Österreich anerkannt. Sie gilt als die kleinste staatlich anerkannte Minderheit. Der Wiener Tennisclub „Slavia“ ist der einzige slowakische Sportverein Österreichs.

Derzeit setzen sich die slowakische und tschechische Minderheit für eine zweisprachige Schule ein. Bis



Foto: Konstantin Vlasich (Person im Bild: Phillip Haucek-Tyran)

dato bietet einzig die Privatschule Komensky eine Möglichkeit. Hubert Mikel vom Österreichischen Volksgruppenzentrum meint dazu: „In Wien gibt es kein Minderheitenschulgesetz. Jedoch brauchen wir unbedingt eine angemessene zweisprachige Ausbildung. Allein die Komensky Schule, in der tschechisch-deutsch und slowakisch-deutsch unterrichtet wird, entspricht dieser Anforderung. Trotzdem ist diese Schule finanziell nicht abgesichert und die Eltern der Schüler_innen müssen einen großen Teil der Kosten tragen. Jedes Jahr wird gebangt, ob die Schule genug Geld zusammen bekommt, um den Unterricht fortzusetzen. Meiner Meinung nach ist das Diskriminierung der Minderheiten in Wien.“

DIE TOTGESCHWIEGENEN. Man kennt sie als „vergessene Steirer_innen“. Die steirischen Slowenen_innen sind das Beispiel für eine Volksgruppe, die durch Missachtung des Staates mehr oder weniger wegassimiliert wurde. Politisch wird diese Minderheit im Volksgruppenbeirat vom 1988 gegründeten „Artikel-VII-Kulturverein für Steiermark“ vertreten. Die Gründungsmitglieder wollten das Sich-Selbst-Verschweigen der Minderheit beenden und begannen sich für die Volksgruppe stark zu machen. 1993 schickte Franz Fuchs daraufhin dem Minderheitenrechte-Aktivist Wolfgang Gombocz eine Briefbombe. Doch der Verein blieb bestehen und 2001 wurde die Staatsvertragsminderheit anerkannt. Dennoch gibt es in der

Steiermark bis heute weder zweisprachige Ortstafeln, noch eine slowenischsprachige Mittelschule, noch ein zweisprachiges Amt. Was die Medien betrifft erinnert sich Hubert Mikel: „Für die Erweiterung der slowenischen Sendungen in die Steiermark musste sich das ÖVZ beim Verfassungsgericht beschweren. Es ist uns gelungen, genug Unterschriften für eine Publikumsbeschwerde zu sammeln, um beim zuständigen Senat Beschwerde einzulegen. Der ORF hat sich bis zuletzt gewehrt, aber das Verfassungsgericht hat zu unseren Gunsten entschieden. Die steirischen Slowen_innen können nun die slowenischen Fernsehsendungen und das slowenische Radio aus Kärnten empfangen.“

ETIKETTERT. Während des nationalsozialistischen Regimes fielen 2/3 der österreichischen Roma und Romnja dem Holocaust zum Opfer. Die Verbliebenen sind bis heute Ausgrenzung und Hetze ausgesetzt. 1995 wurden vier Roma in Oberwart von einer von Franz Fuchs gebauten Rohrbombe getötet. Die Sprengfalle ging bei dem Versuch los, das Schild mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ zu entfernen. Die Minderheit ist stets mit Vorurteilen behaftet gewesen und dieses Stigma wirkt bis heute fort. Bis heute gibt es keine_n einzige_n Roma der_die ein politisches Mandat innehat. Roma haben kein Mutterland im Sinne der anderen Volksgruppen, sondern leben seit mehreren hundert Jahren im Burgenland, in Wien und Niederösterreich. Es gibt derzeit keine Schulform, die

Romanes als Unterrichtssprache führt. In der Vergangenheit wurde die Zugehörigkeit zur Volksgruppe oft verschwiegen. Man schämte sich für Sprache und Abstammung. Heute bekennen sich junge Roma_Romnja zu ihren Wurzeln und verarbeiten die Geschichte der Minderheit z.B. auch in der Kunst. Vom Musikanten Harri Stojka, bis zum Schriftsteller Stefan Horvath, sie alle versuchen die Volksgruppe vom Klischee der „schmutzigen Zigeuner“ zu befreien.

DIE RETTUNG (ODER ZUMINDEST HILFE) - MINORITY SAFEPAK INITIATIVE (MSPI). Die Mängel bei Volksgruppenbelangen sind unübersehbar und werden schon zu lange abgetan. Die Bürger_inneninitiative Minority SafePack nimmt sich nun dieses Problems an. Sie fordert von der Europäischen Union den Schutz der über 50 Millionen Minderheitenangehörigen in Ländern der EU zu verbessern. Im Laufe eines Jahres sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden um konkrete rechtliche Schritte vollziehen zu können, die den Schutz der Minderheiten gewährleisten und die Vielfalt Europas stärken. Jede Unterschrift zählt (www.minority-safepack.eu).

Ana Grilc studiert im Zuge des Lehramts Bildnerische Erziehung an der Universität für angewandte Kunst und Psychologie und Philosophie an der Universität Wien.

Krux um Katalonien unter Kommiliton_innen

Studierende gelten als die treibende Kraft der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, insbesondere was die Mobilisierung bei Massenprotesten für die Republik betrifft. Der von Madrid postulierte „separatistische Meinungsterror“ gegen Andersdenkende, primär rechte, unionistische Studierende wird bei einem Lokalausgang fast völlig entkräftet. Nur Spaniens Rechtsextreme suchen den Konflikt für ihre Interessen zu nutzen.

Wie wirken sich die turbulenten Ereignisse um die Sezessionspläne Kataloniens auf den studentischen Alltag in Barcelona aus? Offenbaren sich die angeblich derart tiefen Gräben auch zwischen Kommiliton_innen? Können sich Kritiker_innen, die sich gegen eine Unabhängigkeit stemmen, überhaupt noch frei äußern? An der Autonomen Universität Barcelonas (UAB) scheint auf den ersten Blick Normalbetrieb zu herrschen. Auch auf den zweiten. Klarerweise finden sich Plakate, die „Freiheit für Polithäftlinge“ fordern. Sind doch seit Wochen die Präsidenten der Katalanischen Nationalversammlung (ANC), Jordi Sánchez i Picanyol, und des katalanischen Kulturinstituts Òmnium Cultural, Jordi Cuixart i Navarro, in Präventivhaft wegen „tumultartigem Aufruhr“. Ebenso der von Madrid entmachteter Vize-Regionalregierungschef Oriol Junqueras und sieben seiner Minister_innen, unter anderem wegen „Rebellion“.

„Die politischen Themen, die Katalonien bewegen, sind omnipräsent in Konversationen unter Kolleg_innen an der Fakultät und im Freund_innenkreis“, sagt Núria Janué (20), die Rechtswissenschaften an der UAB studiert, zum *progress*. „Das schadet keinesfalls dem universitären Zusammenleben. Diejenigen, die ständig von Spaltung sprechen, sind jene, die Konfrontationen suchen und damit auch schaffen. Tatsächlich herrscht unter den Studierenden hier weitestgehend ein Konsens darüber, dass wir Katalan_innen das Recht haben sollten, über den Wunsch nach Unabhängigkeit abzustimmen, ganz gleich ob man jetzt dafür oder dagegen ist“, führt Janué aus. Sie unterstreicht ebenso, dass unter den Studierenden der UAB eine fast geschlossene Opposition zur Reaktion des spanischen Staates mit dem Außerkraftsetzen der katalanischen Autonomie und zur einhergehenden Welle der Repression seitens der Regierung in Madrid.

RECHTSEXTREME AUFMÄRSCHE. Doch Janué zeigt sich besorgt über „die steigende Sichtbarkeit von Rechtsextremen an der Universität“, wie etwa die so genannte Sociedad Civil Catalana (SCC, „Katalanische Zivilgesellschaft“): „Sie sind eine kleine Gruppe der Studierenden der UAB, aber sie machen jede Menge Lärm“, klagt sie. Sie verteilen Propaganda-Flyer, organisieren Aufmärsche, Bücherkreise und Diskussionsrunden, zu denen sie Vortragende aus der Neonazi-Szene laden, die Glatzköpfe mit sich im Schlepptau haben. „Sie haben an der Universität nichts verloren“, sagt Janué.

Die SCC ist übrigens ein landesweit nicht einmal 800 Mitglieder zählender Verein, der in Vergangenheit ein Nahverhältnis zur „Nationalen Francisco Franco Stiftung“ unterhielt, die der Pflege des Andenkens an den faschistischen Ex-Diktator verschrieben ist und zuletzt die Massendemonstrationen in Barcelona für die Einheit Spaniens organisierte. Sekundiert wurden diese Proteste vom regierenden rechtskonservativen Partido Popular (PP) unter Spaniens Premier Mariano Rajoy, der rechten „Ciudadans“-Partei („Bürger_innen“-Partei) aber auch den katalanischen Sozialist_innen (PSC) – die unionistischen Kräfte in Katalonien.

Generell gilt es, in den medialen Propaganda-Wirren Vorsicht walten zu lassen: Spaniens Rechtsextreme versuchen im Fahrwasser des katalanischen Separatismus Land zu gewinnen. Öl ins lodernde Feuer goss dabei etwa Ende Oktober eine UAB-Studentin, die Berühmtheit erlangte, weil sie querbeet ein in vielen Medien, inklusive dem katalanischen Regionalsender TV3 „vom Gesinnungsterror durch gewaltbereite Separatist_innen an Universitäten sprach“, und dabei anonym bleiben wollte. Sie wurde als Mitglied der SCC und Ciudadans enttarnt, und ihre Schilderungen als an den Haaren herbeigezogen entlarvt.

Die 20-Jährige Janué hat übrigens am von Madrid als „illegal“ erachteten Unabhängigkeits-Referendum vom 1. Oktober teilgenommen. Wobei sie auch ihr Wahllokal mit tausenden Bürger_innen vor der Polizei verteidigt hat. Nach den Gewaltexzessen der wohlgerichtet spanischen, und nicht katalanischen Polizei (Mossos d'Esquadra) „war die Frage nicht mehr die Unabhängigkeit per se, sondern es ging um die Verteidigung der Demokratie“, sagt sie. Als pure Spekulation erachtet Janué ein zweites Referendum, bindend in seinem Ergebnis, da der spanische Staat das „katalanische Volk in der demokratischen Ausübung seiner Rechte ohnehin nur unterdrückt“. Vielmehr unterstreicht sie, dass das Referendum vom 1. Oktober legitim war und dass man nun das Ergebnis in den Regionalwahlen am 21. Dezember bestätigen müsse.

LEICHTE SPANNUNG IN DEN HÖRSÄLEN.

Der Katalane Marcel Jordi Dreier (22) macht seinen Master in Maschinenbau an der privaten Ramon-Llull-Universität, parallel zu einem MBA-Programm. Er meint im *progress*-Gespräch, dass es an seiner Hochschule in Sachen Separatismus „leider eher ruhig bleibt“.

„Natürlich heizt die aktuelle politische Lage unter den Kommiliton_innen viele Debatten in den Pausen und in der Kantine an.“ Auch Dreier beharrt dabei auf den existierenden Meinungspluralismus, mehr noch an seiner privaten Elite-Hochschule.

„Bei uns gibt es Klassenvertreter_Innen, die sich paar Mal im Jahr versammeln, aber nicht über Politik reden“, betont Dreier: „Es gibt nur Einzelpersonen, die ein paar Plakate gegen die politischen Häftlinge aufhängen, die aber auch von anderen Studierenden zerrissen werden.“ Dreier ist übrigens auch Mitglied



von Òmnium Cultural, und nimmt regelmäßig an Aktionen für die Unabhängigkeit teil. „Dieser Tage hängen wir auf den Straßen Barcelonas große gelbe Schleifen auf, für die Inhaftierten unter den Separatist_innen.“ Die überdimensionale Schleife am Eingang zur Universität, die hat Dreier mit Kolleg_innen angebracht, worauf er stolz ist.

„Für mich wäre die Lösung des Konfliktes ein vereinbartes Referendum zu feiern. So wie Schottland 2014. Nur leider ist der spanische Staat von diesem Punkt sehr, sehr weit entfernt“, unterstreicht Dreier, der sich keineswegs als Nationalist erachtet. Ohnehin hätte die Sezessionsbewegung für ihn keine derartigen, oder gar populistische Züge, betont er. Vielmehr sei sie aus der Zivilgesellschaft in Graswurzel-Manier erwachsen, über die ANC und eben Òmnium.

VIELSTAATLICHES SPANIEN ZU GRABE GETRAGEN. Er fände es richtig und wichtig, dass die katalanische Regierung diesen Konflikt internationalisiert. „Ein föderales, wahrhaftig vielstaatliches Spanien ist am 1. Oktober zu Grabe getragen worden“, meint er, da die zwei größten Parteien Spaniens, Rechtskonservative (PP) und sozialistischer PSOE sich nicht für die Polizeigewalt entschuldigten und die Unterwerfung des katalanischen Volkes anstreben würden. „Von einer spanischen Vielstaatlichkeit ist man aktuell noch weiter entfernt, als von einer Republik Katalonien“, ist Dreier sich sicher.

Schauplatzwechsel zu einer weiteren der großen Universitäten Barcelonas, wo bereits am Ausgang von der U-Bahnstation in großen gelben Lettern „Espanya“, jedoch mit einem Hakenkreuz an Stelle des „S“, gesprayt wurde. Und im Campus-Innenhof ein „Sí“, „Ja“ den Unabhängigkeitswillen deutlich

macht: „In meinem Fachbereich ist das Klima stark für die Unabhängigkeit“, sagt der deutsche Universitätsprofessor Klaus-Jürgen Nagel von der Universität Pompeu Fabra (UPF) in Barcelona zum progress. Der gebürtige Münsteraner lehrt Politikwissenschaft und lebt seit fast 20 Jahren in Katalonien und gilt als Experte für Nationalismus- und Föderalismusfragen: „Die wenigen Student_innen, die in Vertretungen organisiert sind, sind zumeist im separatistischen SEPC.“ An der UPF seien die Studierenden vielmehr sehr stark zivil mobilisiert, betont Nagel. „Doch selbst wenn ein Streik angesagt ist, dann geht der bis mittags, es folgt eine Demo und am Nachmittag sind meist schon wieder Lehrveranstaltungen“, sagt er.

Das im Verhältnis zu anderen Hochschulen – wie eben die UAB oder die Universität von Girona, eine Wiege des Separatismus – „ruhigere Klima“ erklärt er sich damit, dass die größten Fachbereiche an der UPF Wirtschafts- und Rechtswissenschaften sind. Human- und Sozialwissenschaftler_innen seien kaum vertreten. Er meint weiter, dass Gegner_innen und Befürworter_innen ja keinen echten Streit haben müssen, solange sie mehrheitlich zumindest das Recht auf eine Volksabstimmung in Katalonien anerkennen. Wie 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung es auch wollen.“ Erst wenn man das Recht darauf abstreite, wie es die spanische Regierung tue, dann werde es kritisch, sagt Nagel.

EMIGRANT_INNENFAMILIEN. Doch wie betrachten Studierende fern von Katalonien die Situation? Gonzalo de la Orden Rodríguez (22) ist Musikstudent im südspanischen Granada. Der überwiegende Teil seiner Onkel und Tanten, väter- und mütterlicherseits, leben in Katalonien. Normal, für viele Familien Süd- und Zentralspaniens, denn zur Franco-

Diktatur gab es massive Migrationsbewegungen aus den landwirtschaftlichen Regionen ins damals bereits stark industrialisierte Katalonien: „Ich bin sehr interessiert an der Katalonienfrage und bin dafür, dass ein bindendes Referendum abgehalten wird. Mit allen rechtlichen Garantien. Aber prinzipiell bin ich gegen eine Unabhängigkeit“, sagt er zum progress. Die Entscheidung darüber müssten jedoch die Katalan_innen haben.

„Die Frage betrifft nicht nur die Katalan_innen, sondern ganz Spanien“, sagt indes seine Kollegin Lourdes Gay Punzano (22) aus Jaén. Auch sie studiert Musik in Granada, und wie so viele Andalusier_innen hat auch sie Verwandte in Katalonien, „die jedoch geschlossen gegen eine Sezession wären“, wie sie betont. Sie seien Spanier_innen: „Schuld an der aktuellen Situation tragen beide Seiten, Madrid und Barcelona“, ist sie überzeugt.

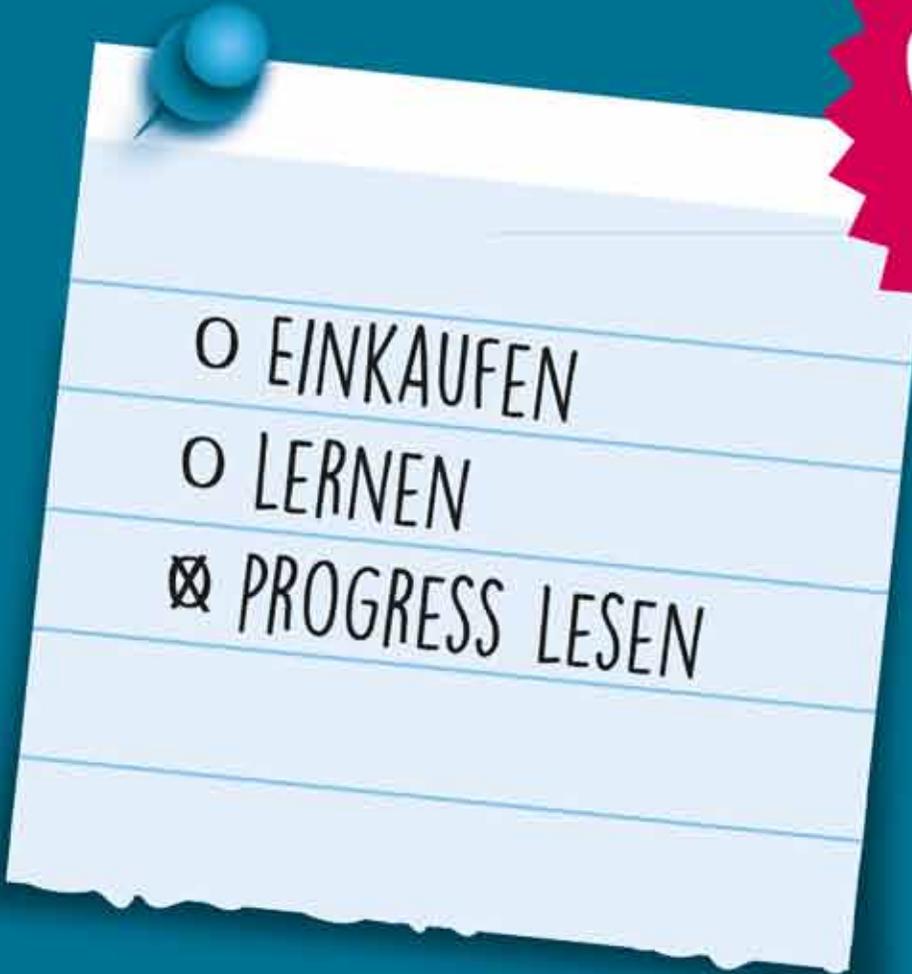
WISSEN

Aktuelle Studien des offiziellen katalanischen CEO-Statistikinstitutes (Centro de Estudios de Opinión, siehe <http://ceo.gencat.cat>) belegen einen deutlichen Zusammenhang zwischen höherem Bildungsniveau und stärkerem Wunsch nach staatlicher Souveränität. Aber auch wer ein mittleres bis hohes Einkommen (ab 1800 Euro monatlich) hat, tendiert eher für die unabhängige Republik. Spitzenverdiener_innen indes sind eher unionistisch eingestellt. Zudem gilt in Sachen politischer Einstellung, wer sich eher als links erachtet, zählt mit weit größerer Wahrscheinlichkeit zum Sektor der Unabhängigkeitsbefürworter_innen.

Von Jan Marot, Barcelona (@JanMarot auf Twitter)

Nimm dir Zeit.

**GRATIS
ABO!**

- 
- EINKAUFEN
 - LERNEN
 - PROGRESS LESEN

Das Magazin der ÖH Bundesvertretung, von und für Student_innen.
Du willst mitmachen? Melde dich unter progress@oeh.ac.at

Gratis Abo? Einfach unter www.progress-online.at/abo bestellen.

progress